

10. März

2/2022

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zu friedlichem Protest +++ Regierungserklärung "Wege aus der Krise" +++ Dringlichkeitssitzungen zu Ukraine-Konflikt und "Aktuelle Corona-Lage" +++ Stilles Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus +++ neue Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ +++



Titelfoto: Landtag MV

	AUS DEM PLENUM	
3	Dringlichkeitssitzung zu Ukraine-Krieg	
4-12	Aktuelle Stunde	„Friedlicher Protest ist immer legitim, Angriffe auf Polizei, Demokratie und Rechtsstaat sind es nicht“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Innenminister Christian Pegel (SPD), Nikolaus Kramer (AfD), Ann Christin von Allwörden (CDU), Michael Noetzel (DIE LINKE), Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), David Wulff (FDP)
13-27	Berichte	Regierungserklärung „Wege aus der Krise“ Debatte zu Niedriglohn, Hohe Heizkosten abfedern Cyberkriminalität, Besseres Verständnis von Emissionen „Land Retter“ sind Lebensretter Dringlichkeitssitzung „Aktuelle Corona-Lage“
28	Meldungen	Ukraine-Krieg Thema im Landtag Unternehmen weiter unterstützen Kein Fisch – keine Fischer Einmaliger Coronabonus Flexibilität des Wahlgesetzes Präsenzpflicht für Schüler bleibt Jugend im Fokus - neue Enquete-Kommission
31	Gesetzgebung	
32-33	Aus den Ausschüssen	Wölfe in MV Corona und die Folgen Landesdatenschutz Thema im Rechtsausschuss Agrarausschuss zu Tierseuchengeschehen
34-35	Panorama	Stilles Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus
36	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet.
 In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 18.02.2022

Dringlichkeitssitzung zu Ukraine-Krieg

Rede der Landtagspräsidentin Birgit Hesse
vom 1. März 2022



Foto: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse

■ Sehr geehrte Damen und Herren, am 24. Februar hat die russische Armee auf Befehl des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin völkerrechtswidrig die Ukraine angegriffen. Damit hat der Präsident eine rote Linie überschritten. In Europa sprechen die Waffen. Raketen schlagen in Gebäuden ein, Panzer schießen und werden beschossen, Menschen sterben. Die Welt und hier insbesondere Europa steht zudem vor einer Eskalation, wie wir sie uns niemals vorstellen wollten.

Uns erreichen seit Beginn der Kriegshandlungen Fernsehbilder, die verstören. Sie zeigen einen Krieg, der hier bei uns in Europa passiert. Kiew - die Hauptstadt der Ukraine - liegt rund 1.350 Kilometer Luftlinie von Schwerin entfernt. Nach Dubrovnik, Rom, Bordeaux und Dublin ist es ähnlich weit bzw. nah.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Deutsche Bundestag ist am Sonntag zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Von dort sind sehr deutliche Signale bezogen auf die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik ausgegangen. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach viel beachtet von einer „Zeitenwende“. In der heutigen Dringlichkeitssitzung des Landtages wollen wir gemeinsam beraten, welche Folgen der Angriff Russlands auf die Ukraine für Mecklenburg-Vorpommern hat und wie wir den Menschen in der Ukraine helfen können.

Es gibt keine andere Möglichkeit, als in diesem Moment alles zu tun, um sich dem Handeln des russischen Staatspräsidenten entgegenzustellen. Denn: Der mit dem von Wladimir Putin be-

fohlenen Angriff der russischen Armee auf die Ukraine begangene Bruch des Völkerrechts ist durch nichts zu rechtfertigen. Gleichzeitig müssen wir meiner Auffassung nach jedoch darauf Acht geben, dass wir Brücken zum russischen Volk und auch zur russischen Wirtschaft nicht voreilig zerstören. Es ist absolut richtig, Warenflüsse und Finanzströme jetzt zu stoppen. Das muss erfolgen! Die Menschen in Russland sollen zugleich aber wissen, dass all dies nicht auf sie zielt, sondern sich gegen ihren Präsidenten richtet, der in der Ukraine auf der Grundlage eines Beschlusses des russischen Parlamentes einen Krieg entfacht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin zutiefst betroffen von dem Geschehen und nehme wahr, dass es ganz vielen Menschen in unserem Bundesland ähnlich geht. Schier unvorstellbar ist für uns alle, welche furchtbaren Dingen die Bevölkerung in der Ukraine ausgesetzt ist. Unschuldige Menschen sterben, werden verletzt und traumatisiert. Als Zeichen der Anteilnahme habe ich im Benehmen mit dem Ältestenrat am Freitag entschieden, dass unser Parlamentsgebäude in den Farben der ukrainischen Nationalflagge angestrahlt wird. Heute weht die Flagge aus ebendiesem Grund vor dem Schweriner Schloss.

Bei militärischen Konflikten gibt es keine Gewinner, nur Verlierer. Immer leidet in Kriegen die Zivilbevölkerung. Es ist unfassbar, dass solch eine Eskalation heutzutage in Europa noch möglich ist. Ich persönlich konnte und wollte mir dies auf unserem Kontinent nicht vorstellen. Gewalt darf in Europa und zwischen unseren Nachbarn nie mehr das Mittel der Wahl sein. Unsere Anteilnahme und un-

ser Mitgefühl gelten den unschuldigen Menschen, die gestorben sind, verletzt wurden, die sich vor Raketeneinschlägen und Schüssen zu schützen versuchen oder sich auf der Flucht befinden. Sie gelten den gefallenen und verletzten ukrainischen Soldatinnen und Soldaten sowie deren Familien aber sie gelten auch den gefallenen russischen Soldatinnen und Soldaten, die in einen Krieg geschickt worden sind, den allein ihr Präsident zu verantworten hat.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich danke Ihnen, dass Sie heute hier sind und sich an dieser Debatte beteiligen.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern steht vereint mit allen Fraktionen und allen Abgeordneten für Deeskalation und für den Frieden in Europa. Wir appellieren an all diejenigen, die Zugang zu den Kriegsparteien haben, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein schnelles Ende der militärischen Gewalt einzusetzen und dafür zu werben, den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen. Friedlich und unter Wahrung des Völkerrechts.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, sich nun von Ihren Plätzen zu erheben: für Demokratie, Diplomatie und Menschlichkeit! Für den Frieden!

Lassen Sie uns gemeinsam der Opfer des Krieges in der Ukraine mit einer Schweigeminute gedenken.



Die Rede der
Landtagspräsidentin auf
unserem Youtube-Kanal



Foto: Uwe Sinnecker

Kein Platz für Gewalt

Verteidigung der Demonstrationsfreiheit

■ Am 17. Januar kam es in zahlreichen Städten des Landes zu Corona-Protesten. Während in Schwerin, Neubrandenburg, Wismar, Neustrelitz und Greifswald die Demonstrationen friedlich verliefen, kam es in Rostock und Grimmen zu Ausschreitungen. Die Demonstranten kamen auch nach Aufforderung nicht dem Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nach. Daraufhin beendeten die Organisatoren kurz vor dem offiziellen Beginn die Versammlung. Die Polizei ließ Wasserwerfer auffahren. Die Situation spitzte sich zu. Nach Angaben der Polizei warfen einige Demonstranten Flaschen und Feuerwerkskörper.

In der Aktuellen Stunde am 27. Januar verurteilten alle Fraktionen des Landtages und der Innenminister gewalttätige Proteste und verteidigten zugleich die Demonstrationsfreiheit. Ebenso gab es viel Dank und Wertschätzung für die Arbeit der Polizei.

„Friedlicher Protest ist immer legitim, Angriffe auf Polizei, Demokratie und Rechtsstaat sind es nicht. Punkt. Dass wir diese Aussage, die für unsere freiheitliche Demokratie selbstverständlich ist, selbstverständlich sein müsste, hier heute im Rahmen der Aktuellen Stunde des Landtages noch einmal explizit feststellen, noch einmal gemeinsam diskutieren müssen, das sagt bereits Einiges aus über die Lage der Dinge hier bei uns im Land.“, eröffnete **Julian Barlen** (SPD) die Aussprache.

Nicht alle hätten die gleiche Meinung zu den Coronamaßnahmen, räumte er ein, aber in unserer hart erkämpften Demokratie, könne man über alle offenen Fragen kontrovers debattieren: „24 Stunden am Tag, vom ersten Tag der Pandemie an.“ Egal wo, egal ob online

oder offline – Diskurs sei immer willkommen, lud er alle ein.

Zum Schutz der Freiheitsrechte gehöre, sämtliche Angriffe auf die Demokratie zurückzuweisen. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung sei eine reale Gefahr. Er appellierte: „Dazu darf man nicht schweigen. Schon gar nicht jubeln.“

Der Artikel 8 des Grundgesetzes, das Demonstrationsrecht, sei ein wesentlicher Teil des demokratischen Diskurses, klärte Innenminister **Christian Pegel** (SPD) auf. „Demokratische Mehrheiten geben uns gesellschaftliche Regeln. Diese Regeln sind dann einzuhalten.“, mahnte er. Minderheiten seien diesem nicht ausgeliefert, erläuterte der Minister. Es sei ein Merkmal des Rechtsstaates, dass verfassungsrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten jedem zur Verfügung stünden. Was aber nicht unter den Begriff Demokratie falle, sei: „dass jeder und jede sich selbst aussucht, welche Regeln man denn so mag und deshalb einhalten möchte und welche nicht.“ Wenn eine breit geplante Demonstration kurz vor

dem Start abgesagt werde, „dann ist das Chaos, was daraus folgt, Folge einer fehlenden Bereitschaft diese schlichten Konsequenzen von Demokratie und Rechtsstaat anzuerkennen.“ Der Minister wies darauf hin, dass die Polizei im Zusammenhang mit Demonstrationen einen Schießkugelschreiber und Munition fand, während in sozialen Medien zum Schießen auf Polizeibeamte ermuntert wurde. „Das geht gar nicht!“, war seine klare Position dazu.

„Jedes bisher hier gesagte Wort unterschreibe ich, unterschreibt die Fraktion der AfD sofort.“, leitete **Nikolaus Kramer** (AfD) seine Rede ein. Es sei erschütternd, wenn man vor dem Haus eines Bürgermeisters aufmarschiere.

„Gewalt ist in jeder Form zu verurteilen.“, schloss er sich den Vorrednern an. „Ich möchte das hier auch gar nicht klein reden. Das gilt aber auch für alle, für alle Beteiligten auf allen Demonstrationen.“ Es sei auch zu verurteilen, wenn eine genehmigte Demonstration durch eine ungenehmigte gestört würde, ergänzte er. „Ja, jede einzelne Straftat ist ein Angriff auf die Demokratie.“ Der Abgeordnete gab zu bedenken, dass der Bürger damit überfordert sei, sich vertiefend mit dem Teilnehmerspektrum einer Demonstration zu beschäftigen. „Otto Normalverbraucher“ wolle einfach nur seine Meinung kundtun.

Aus seiner früheren Erfahrung als Polizeibeamter wisse er: es sei keine Provokation, wenn die Kollegen die „knitterfreie Mütze aufsetzen und der Wasserwerfer vor rollt“. Es ginge darum, Konsequenz zu zeigen. Er dankte der SPD für die Initiierung der Aktuellen Stunde.

„Ja, natürlich ist friedlicher Protest immer legitim. Und ja, natürlich sind Angriffe auf die Polizei es nicht.“, bekräftigte **Ann Christin von Allwörden** (CDU).

Durch die Corona-Pandemie hätten sich Maßstäbe verschoben, würden Menschen politisiert. Viele seien mit den Maßnahmen nicht mehr einverstanden. Die Corona-Demonstrationen entzögen sich dem klassischen Rechts-Links-Schema, erläuterte die Abgeordnete. Sie nehme eine große Bandbreite von Teilnehmern wahr, aus allen Bereichen unserer Gesellschaft. Die meisten seien friedlich. „Einige mögen haßerfüllt sein, aber das allein ist noch nicht strafbar.

Und es ist auch nicht strafbar von Dingen überzeugt zu sein, die die allermeisten Menschen für Quatsch halten.“, spielte sie hierbei auf die Astrologie an. „Ich rate dazu, vorsichtig zu sein, wenn es darum geht, Menschen vorschnell zu Staatsfeinden abzustempeln.“

Ohne bundesweit einheitliche Regeln sei es schwer sich zu orientieren, stellte sie fest. Trotzdem: Gewalt sei nicht akzeptabel und der Zweck heilige nicht die Mittel.

Nachdrücklich wünsche sie sich das Ende der Pandemie und dass unsere Gesellschaft nicht „auseinanderfliege“.

Michael Noetzel (DIE LINKE), verurteilte scharf die Äußerung der AfD „man geht nicht mit Antifaschisten spazieren“. Er verwies auf den Holocaust-Gedenktag, dessen zu Beginn der Sitzung alle Abgeordneten gedachten und stellte klar: „Jeder, der mit beiden Beinen auf unserem Grundgesetz steht, ist Antifaschist. Ob er sich so bezeichnen mag oder nicht.“

Der Abgeordnete hob hervor, dass die demokratischen Fraktionen im Landtag schon länger Sorge über das Demonstrationsgeschehen geäußert hätten. Nach dem knapp verhinderten Aufzug vor dem Haus der Ministerpräsidentin habe sich die Situation im Januar zugespitzt. Diese Eskalationen würden seit langem geschürt. Die Rostocker Demonstration sei der unrühmliche Höhepunkt gewesen. Teilnehmer wären mit Quarzsandhandschuhen und Stichschutzwesten ausgerüstet gewesen, wußte der Politiker und bezog sich auf den vom Innenminister erwähnten Schießkugelschreiber: „Wir reden hier von einer verdeckt getragenen, potentiell tödlichen Schußwaffe.“ Das solle eine Warnung für andere Teilnehmer sein. Er bat nachdrücklich: „Jeder Einzelne muß über seine Rolle auf diesen Demonstrationen nachdenken.“

Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), zitierte aus dem Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit. Demnach sei demonstrativer Protest angebracht, wenn die Politik Mißstände nicht oder nicht rechtzeitig erkenne. Dann diene die Versammlungsfreiheit als eine Art politisches Frühwarnsystem. „Die Versammlungen, die wir derzeit im gesamten Land beobachten, können durchaus

auf Fehlentwicklungen hindeuten. Die Menschen, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht gegen Corona impfen lassen wollen, machen gerade eine massive Ausgrenzungserfahrung durch.“, sorgte sie sich. Sie vertrat die Auffassung, dass es den Organisatoren der Demonstrationen im Land nicht daran gelegen sei, sachliche Kritik zu äußern. „Ihr Ziel besteht vielmehr darin, den demokratischen Verfassungsstaat verächtlich zu machen und zu delegitimieren.“ Darin liege die Gefahr für Demokratie und Menschenrechte. Sie verwies auf die relevanten Telegramm-Kanäle, wo die wahren Motivationen für das Demonstrationsgeschehen in MV offensichtlich würden. Allerdings könnten Demonstrationsverbote immer nur das letzte Mittel sein.

David Wulff (FDP) erklärte, dass die FDP-Fraktion die vorgetragenen Argumentationen, besonders der SPD und des Innenministers, teile. „Dennoch gibt es immer wieder Punkte, über die wir weiterhin reden müssen“, fuhr er fort. Er wandte sich an den Abgeordneten Kramer und bat darum, seine konstruktiven Bemerkungen aus der Aussprache an die Basis durchzustellen. Er warf der AfD einen Widerspruch zwischen Wort und Tat vor.

„Friedliche Demonstrationen sind in unserem Rechtsstaat zu schützen. Das ist der Fakt, um den sich alles hier dreht.“, fasste er zusammen. „Ein Verbot von Demonstrationen muß das letzte Mittel sein.“ adressierte er an die Landesregierung. Es gäbe andere Mittel zum „Nachsteuern“.

Bessere Abstimmung mit den Versammlungsbehörden gehöre dazu. Oder nur Routen oder Plätze genehmigen, die von der Polizei besser gesichert werden könnten. Am besten wäre es aber, den Demonstrationen den Nährboden zu nehmen: „Wenn wir es nicht schaffen, verlässliche und nachvollziehbare Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen, dann verlieren wir die Bürgerinnen und Bürger da draußen.“

Julian Barlen, SPD:

„Wir sind eine wehrhafte, eine streitbare Demokratie.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] „Friedlicher Protest ist immer legitim, Angriffe auf Polizei, Demokratie und Rechtsstaat sind es nicht“ – Punkt! Dass wir diese Aussage, die für unsere freiheitliche Demokratie selbstverständlich ist, selbstverständlich sein müsste, heute [...] noch einmal explizit [...] gemeinsam diskutieren müssen, das sagt bereits einiges aus über die Lage [...] bei uns im Land.

Gestern [...] haben wir sehr ausführlich die Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Schwesig und verschiedene Anträge zum Thema „Umgang mit Corona“ diskutiert. Und kurz zusammenfassend lässt sich sagen, 100 Prozent der Menschen im Land haben die Nase voll von Corona. Satte drei Viertel der Bevölkerung haben [...] auf Impfung gesetzt, unterstützen die teils strikten Maßnahmen, um als Gesellschaft insgesamt möglichst schnell aus [...] Corona herauszukommen. Rund 80 Prozent der Bevölkerung sind zu Impfungen bereit, 10 bis 12 Prozent eher nicht.

Rund ein Viertel der Bevölkerung empfindet zumindest einen Teil der Maßnahmen als zu weitgehend. Hier geht es um Masken, [...] um das Impfen, [...] um verschiedene Maßnahmen der Einschränkungen, je nach Bereich, und [...] diese Einschränkungen, die auch einem großen Teil der, in Führungsstrichen, „Befürworter“ der Maßnahmen ebenfalls nicht gefallen, die aber als notwendiges Übel quasi rational erwachsen, akzeptiert und angenommen werden.

Und [...] da wir in einer hart erkämpften Demokratie leben, ist es selbstverständlich, dass wir als Gesellschaft [...] kontrovers diskutieren, debattieren, streiten, ringen um den besten, um den vernünftigsten, um den solidarischsten Weg raus aus Corona. Und das findet in unserer lebendigen Demokratie [...] statt, [...] vom ersten Tag der Pandemie an – online, offline, in den Medien, in den sozialen Netzwerken, in den Parlamenten, [...] und natürlich auch auf der Straße. Und das ist gut, das ist richtig, und das macht unsere Demokratie aus

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und [...] am Ende sind es dann demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen, die verantwortlich handeln müssen, die auch entscheiden müssen, welcher Kurs eingeschlagen wird. Und auch angesichts der dann getroffenen Entscheidungen gilt, friedlicher Protest ist auch dagegen immer legitim.

Und weil das so ist [...] müssen wir das Grundrecht der freien Versammlung, der offenen Meinungskundgebung schützen. Das macht die Polizei, der wir hierfür [...] erneut unseren Dank und unseren Respekt zollen, das machen [...] die Versammlungsbehörden in den Kommunen, und das machen übrigens auch alle Bürgerinnen und Bürger [...], die diese Grundrechte selbstbewusst und verantwortlich ausüben. Es sind ihre Grundrechte, es sind unsere Grundrechte. Und zu diesem Schutz der Freiheitsrechte [...] gehört eben auch [...], dass sämtliche Angriffe auf diese freiheitliche, rechtsstaatliche Ordnung unterbunden, scharf zurückgewiesen und verurteilt werden – von allen! Gewalt und Hetze [...] sind am Ende ein Angriff auf die Demokratie und auf die Versammlungsfreiheit [...].

Wenn [...] Gewalt zum Mittel der politischen Auseinandersetzung wird, [...] wenn Feinde unserer rechtsstaatlichen Ordnung nicht nur irgendwo mal [...] inkognito mitlaufen, sondern dem Protest auch nach außen Form geben, Richtung geben [...], wenn sie die Demos anführen, das Frontbanner mitbringen, Polizeiketten und Auflagen gezielt und organisiert durchbrechen, Flaschen und Böller werfen, Stich- und Schusswaffen, Quarzsandhandschuhe mitführen, die Presse attackieren, wenn [...] der Holocaust und das Leid der Juden im Dritten Reich im Rahmen der Demos immer wieder verharmlost werden und zusätzlich in den organisatorischen Chatgruppen im Hintergrund eigentlich alle Hemmungen fallen und zu Selbstjustiz, sogar zu Mord an unserer Ministerpräsidentin aufgerufen wird, [...] dann [...] ist das ein ernsthaftes Problem, dann ist das eine Gefahr.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann darf niemand, der von sich behauptet, friedliebend zu sein, demokratisch zu sein, schweigen, dann darf niemand einfach wegschauen oder [...] sogar das billigend in Kauf nehmen, sich positiv äußern, vielleicht sogar jubeln, wenn es dem Staat, sage ich mal, richtig gezeigt wird. Und das gilt auch, [...] wenn es nur eine überschaubare Gruppe rechtsextremer, gewaltbereiter Akteure in diesen Demos sind, die sich aber dementsprechend öffentlich wahrnehmbar genauso verhalten. Auch dann und gerade dann darf die große Mehrheit, die für sich in Anspruch nimmt, friedliebend und demokratisch zu sein, nicht schweigen [...].

[...] die AfD ist bei solchen Versammlungen, auf denen einzelne Gruppen extremistisch agieren, [...] mittenmang dabei. Es gibt Beobachtungen auf Demonstrationen, wo

Personen aus dem Spektrum des inzwischen aufgelösten Flügels der Partei beispielsweise technische Unterstützung leisten, AfD-Politikerinnen und -Politiker sind an mehreren Orten als Rednerinnen und Redner, als Ordner vorgesehen. In Rostock hat ein Parteimitglied der AfD die Versammlungsleitung bestellt.

Und eins ist klar: Wer mit Demokratieverächtern, wer mit Nazis marschiert, hat am Ende nichts kapiert.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Wer ein solches Treiben, [...] egal, ob aktiv oder passiv, hin- nimmt, ohne sich davon zu distanzieren, macht sich mit den Tätern gemein. Das ist eine unbequeme Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit. Wenn der Rechtsstaat attackiert wird, dann erwarten wir ein robustes Einschreiten der Polizei, und in solchen Fällen ist aber eben auch von allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes eine ebenso klare Abgrenzung, eine Isolation der Täterinnen und Täter erforderlich und eben auch zu erwarten [...].

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat zu wahren, ist eben nicht nur eine Sache der Polizei, der Versammlungsbehörden oder des Staates – Frieden und Freiheit gehen uns alle etwas an und wir alle sind in der Pflicht, ganz klar und eindeutig Flagge zu zeigen, immer, nicht nur im Rahmen von Corona-Protesten. Und da, an dieser Stelle verläuft unsere rote Linie, [...] die ist inzwischen viel zu häufig überschritten worden, und das können wir nicht und das werden wir auch nicht ignorieren. Wir sind eine wehrhafte, eine streitbare Demokratie, und wer meint, das aktiv infrage stellen zu wollen, wird mit entsprechenden Konsequenzen leben müssen. [...]

Minister Christian Pegel, SPD:

„Demokratische Mehrheiten geben uns gesellschaftliche Regeln, und diese Regeln sind dann einzuhalten.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! [...] Kaum ein anderes Thema hat [...] dermaßen stark bewegt [...] wie die unterschiedlichen Meinungen zu den Corona-Pandemie-bedingten Maßnahmen, aber auch den Demonstrationen. [...]

[...] Artikel 8 des Grundgesetzes, zu gut Deutsch das Demonstrationsrecht, ist ein Grundrecht mit extrem hoher



Fotos: Uwe Sinnecker

Priorität für das staatliche Handeln. Friedlicher Protest und friedliche Meinungsäußerung sind wesentliche Teile des demokratischen Diskurses und auch der Meinungsäußerungsfreiheit. [...]

Wenn aber Demonstrationen bewusst unangemeldet stattfinden, wenn sie als Spaziergänge getarnt werden, [...] wenn bei Versammlungen, die aufgrund des Infektionsschutzgesetzes ganz bewusst vorgesehenen Hygienemaßnahmen [...] nicht eingehalten und auch nach wiederholten Aufforderungen nicht hergestellt werden, wenn sogar Gewalt gegen Sicherheits- und Ordnungskräfte angewendet wird, wenn politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern Gewalt angedroht oder die sogar ausgeübt wird [...] dann geht es [...] um mindestens genauso bedeutsame Verfassungsgüter wie beim Demonstrationsrecht, das in diesen Fällen im Übrigen in Teilen gar nicht besteht beziehungsweise grob missbraucht wird. [...]

[...] gerade dieses Rechtsstaats- und Demokratieprinzip scheinen manche zuweilen aus dem Blick zu verlieren. Deswegen gern noch einmal [...]: In Deutschland werden in Wahlen Mehrheiten durch den Souverän, das Volk, zum Ausdruck gebracht. [...]

[...] Demokratische Mehrheiten geben uns gesellschaftliche Regeln, und diese Regeln sind dann einzuhalten. [...]

Aufgrund dieser mit den demokratischen Mehrheiten beschlossenen Gesetze treffen dann ebenfalls demokratisch legitimierte Regierungen [...] durch ihre Verwaltungsbehörden Einzelfallentscheidungen sowohl im Versammlungs- als auch im Seuchenbekämpfungsrecht. [...] gegen diese Einzelfallentscheidungen gibt es wieder Rechtsschutz [...].

Was nicht mit diesem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip vereinbar ist, ist, dass jede und jeder sich selbst aussucht, welche Regel man denn so mag und deshalb einhalten möchte und welche nicht. [...] Solange die Auflagen bestehen und nicht durch ein Gericht beseitigt worden sind, sind diese einzuhalten [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und René Domke, FDP)*

Und solange werden Polizeibehörden diese auch durchsetzen und sogar durchzusetzen haben. [...]

Wer auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, wird diese Regeln im Übrigen verinnerlicht haben, akzeptieren und einhalten. Wenn Demonstrationsanmelder und eine Versammlungsleiterin hingegen glauben, der Staat habe mit ihnen die Regeln der Demonstration [...] frei auszuhandeln, dann steht das im krassen Kontrast zu dem, was Rechtsstaat und Demokratieprinzip wollen. [...] dann ist das Chaos, was daraus folgt, Folge einer fehlenden Bereitschaft, diese schlichten Konsequenzen von Demokratie und Rechtsstaat anzuerkennen [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...]

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

[...] ich habe in den letzten Wochen klar [...] gesagt, dass ein Großteil der Menschen auf diesen Versammlungen gegen die Corona-Maßnahmen friedlich demonstriert und aus der Mitte der Gesellschaft stammt. [...] Grenzen verlaufen dort, wo auf Demonstrationen [...] das schier unermessliche Grauen des Holocaust verharmlost wird, indem aktuell ungeliebte Fragen mit der damaligen Schreckensherrschaft und den damaligen Gräueltaten gleichgesetzt werden.

(Julian Barlen, SPD: So ist es.)

[...]

[...] Wer demonstrieren will, darf nicht randalieren, und diejenigen, die demonstrieren und das friedlich tun, dürfen auch nicht das Schutzschild [...] für diejenigen sein, die randaliert haben. [...] Augen auf, mit wem man gemeinsam auf die Straße geht! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...]

[...] zu guter Letzt möchte ich meinen Dank an die Bundes- und Landespolizeikolleginnen und -kollegen noch einmal deutlich aussprechen [...], weil das ein irrer Aufwand, ein irrer Stressfaktor ist, den dort alle aushalten. [...]

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

28 verletzte Kolleginnen und Kollegen der Polizei in den letzten Wochen sind Mahnung für alle Demokraten, den radikalen Kräften kein Mitmachen zu erlauben. [...]

Und ja, auch die kommenden Wochen werden uns weiter vor Herausforderungen stellen. [...] Und dafür gilt, dass wir vor allen Dingen als demokratische Mehrheit zusammenstehen und die Solidarität wahren. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der
SPD, DIE LINKE, Sebastian Ehlers, CDU,
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und René Domke, FDP)*

Nikolaus Kramer, AfD:

„Eine gesellschaftliche Aufgabe ist, jeden Tag aufs Neue für Demokratie einzustehen.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Jedes bisher hier gesagte Wort unterschreibe ich, unterschreibt die AfD-Fraktion hier sofort. Sofort! Es ist zum Teil erschütternd, was hier passiert, dass man hier vor die Wohnhäuser von Bürgermeistern zieht, dass man [...] dem Bürgermeister der Stadt Wolgast die Scheiben einschmeißt. [...] Gewalt ist in jeder Form zu verurteilen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu gehört für mich aber auch, dass man verurteilt, meine Damen und Herren, wenn es, so wie jüngst in Greifswald, eine angemeldete genehmigte Versammlung gibt, die durch eine unangemeldete nicht genehmigte Versammlung gestört wird [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Auch das ist verurteilenswert, ebenso, [...] dass eine Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN fordert, bei solchen Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen gegen Querdenker den Schlagstock zu ziehen und Tränengas einzusetzen. Das ist unerhört, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Auch davon hat man Abstand zu nehmen, auch das ist eine Form der Gewalt! [...] Otto Normalverbraucher möchte

(Zuruf von Michael Noetzel, DIE LINKE)

gegen diese Corona-Maßnahmen aufbegehren und er liest in einem Telegram-Chat oder in der Zeitung von dieser Veranstaltung in Rostock,

*(Zurufe von Julian Barlen, SPD,
und Michael Noetzel, DIE LINKE)*

und Otto Normalverbraucher setzt sich nicht, Herr Barlen, [...] den ganzen Tag an irgendwelche Rechner, wird von Steuergeldern bezahlt, so wie Sie, und hat Zeit, sich mit Namen, Personen und Gesichtern auseinanderzusetzen, [...]

*(Zuruf von Constanze Oehlich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

das macht Oma Kröske einfach nicht, und das macht der Mittelständler mit seinem Kleinunternehmen, der macht das einfach nicht, der möchte einfach nur seine Meinung kundtun. Und Sie verlangen von diesen Menschen, dass die sich distanzieren sollen. Das ist doch völlig abgehoben. [...] Sie haben ja völlig recht, man geht nicht mit Nazis spazieren, man geht auch nicht mit Antifaschisten spazieren,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Eben.)*

man geht auch nicht gemeinsam mit denen demonstrieren, aber das, was Sie von diesen Bürgern erwarten, ist einfach zu viel.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und da bitte ich einfach um Ihr Verständnis. [...] ich selbst bin ja nun jahrelang als Polizeibeamter auf Demos gewesen [...] und ich muss ganz ehrlich sagen, ich möchte nicht in der Haut der Polizeiführer stecken, die da jedes Mal aufs Neue eine Gefährdungslage beurteilen müssen [...].

Aber Otto Normalverbraucher, der fragt sich schon, warum kommen hier Hundertschaften aus anderen Ländern, warum fährt hier noch der Wasserwerfer vor, und die fühlen sich dann provoziert, wo ich auch immer sag, Leute, ihr braucht euch doch nicht provoziert zu fühlen [...] das dient auch eurer Sicherheit, gerade in Rostock, wo wir ja wissen, dass, wenn Corona-Maßnahmen-Gegner dort spazieren gehen, man ja doch damit rechnen muss, dass man entweder durch die Antifa oder auch durch Hooligans angegriffen wird. Deswegen ist die Polizei nämlich da [...] Das ist nämlich der wahre Hintergrund [...] das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Julian Barlen, SPD: Ach so!)

Stellen wir also schlussendlich fest, dass ich Ihnen dankbar bin [...] dass wir dieses Thema hier noch mal aufgreifen konnten,

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Das glaube ich Ihnen nicht.)*

[...] unser aller Aufgabe ist, nicht nur unser aller Aufgabe hier in diesem Hohen Hause, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe ist, jeden Tag aufs Neue für Demokratie einzustehen und Flagge zu zeigen gegen Gewalt, ob sie nun verbaler Form, ob sie nun physische Gewalt oder psychische Gewalt ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ann Christin von Allwörden, CDU:

„Wir sehnen den Moment herbei, an dem die Pandemie endet.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Friedlicher Protest ist immer legitim, Angriffe auf Polizei, Demokratie und Rechtsstaat sind es nicht“ lautet das Thema der heutigen Aktuellen Stunde. Beinahe ist man versucht zu sagen, ach was oder sag bloß. Ja, natürlich ist friedlicher Protest immer legitim, und ja, natürlich sind Angriffe auf die Polizei es nicht. [...] Aber in der gegenwärtigen Situation haben sich sehr viele Maßstäbe verschoben. Die Folgen der Corona-Pandemie haben viele Menschen erheblich politisiert. [...]

Da ist der Mann, Ende 50, der sich nächtelang im Internet belesen hat und Polizeikräften lautstark erklärt, dass sie lediglich eine Karnevalstruppe seien und Deutschland sei eine GmbH, dass es keine Meinungsfreiheit gibt und dass dringend das Grundgesetz wiederhergestellt gehört.

*(Julian Barlen, SPD:
Das war Otto Normalschwurbler. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Da ist die junge Frau, die im Biosupermarkt an der Kasse sitzt und sich generell nicht impfen lässt, nie, weil sie Infektionskrankheiten für ein Geschenk des Körpers hält, das es anzunehmen gilt.

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Sie ist ferner der Ansicht, dass die internationale Pharmalobby uns alle vergiften will. Ansonsten ist sie von der Wirksamkeit homöopathischer Präparate überzeugt. Da ist aber auch der Gastwirt, der seinem Job mit Leidenschaft nachgeht und der seit zwei Jahren, zumindest vorübergehend, zum Transferleistungsempfänger [...]. Da ist die junge Mutter, die sich um die psychische Gesundheit ihrer Kinder sorgt, weil sie feststellt, dass diese immer ängstlicher und immer apathischer werden. Und natürlich gibt es die sattem bekannten jungen Männer mit kurzen Haaren [...] die man sonst eher in den Fankurven der Fußballstadien trifft und die für ihr großes Gewaltpotenzial bekannt sind.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann gibt es diejenigen Menschen auf den Demos, die Impfungen gegenüber prinzipiell offen sind und die auch die Maskenpflicht und die Testpflicht ertragen, die aber der Ansicht sind, dass die Politik nach zwei Jahren Pandemie so langsam mal fertig sein sollte.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

[...] Und auch unter Beachtung wissenschaftlicher Evidenz gibt es Maßnahmen, über die man sehr unterschiedlicher Ansicht sein kann. Wäre das anders, würden alle Staaten auf der Welt den gleichen Weg gehen. Ich stelle aber fest, dass nicht einmal alle deutschen Bundesländer dieselben Maßnahmen ergreifen. Wäre das anders, würde unsere Ministerpräsidentin ja nicht regelmäßig damit prahlen, dass in Mecklenburg-Vorpommern die strengsten Regeln gelten würden. [...]

[...] wir sehnen den Moment herbei, an dem die Pandemie endet. Und auch, wenn mir keines der heutigen Horoskope nahelegt, einen Wunsch freizuhaben, so hätte ich doch einen, nämlich, dass unsere Gesellschaft in den nächsten Monaten nicht auseinanderfliegt. Und wenn ich sogar noch einen zweiten hätte, würde ich mir wünschen, dass wir auch in Zukunft einen Blick auf die Demonstrationenkultur in unserem Land haben und morgen nicht vergessen, was wir heute darüber gesagt haben.

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Michael Noetzel, DIE LINKE:

„Abstand halten
zu Reichsbürgern, Neonazis
und Querdenkern.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...] erst in der vergangenen Sitzungswoche,

*(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Michael Meister, AfD)*

erst in der vergangenen Sitzungswoche

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

hat der Landtag einen starken Beschluss gefasst für das Recht auf freie Meinungsäußerung, für die Versammlungsfreiheit, aber gegen Angriffe und Einschüchterungsversuche gegenüber Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, der Wissenschaft, Medizin sowie der Presse.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Diesen Beschluss müssen wir nun mit deutlichen Worten bekräftigen [...]

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

In Anklam, Grimmen oder in Rostock wurden Beamte und Journalisten gezielt angegriffen und verletzt. Diese Eskalationen sind nicht spontan entstanden, sie waren vorhersehbar.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Sie werden seit Wochen geschürt und auf den Demonstrationen dirigiert, das ist nicht hinnehmbar.

Meine Damen und Herren, insbesondere das Demonstrationsgeschehen in Rostock hat selbst die bundesweite Presselandschaft erreicht. Hier setzten sich Neonazis aus militanten Kameradschaften, den Hammerskins, der Identitären Bewegung an die Spitze des Demonstrationzugs und bestimmten so über weite Teile das Geschehen. Vermeintliche Kritiker der Corona-Maßnahmen griffen Pressevertreter und Polizisten an und drehten gezielt weiter an der Eskalationsschraube. Und offenbar wähen sich einige Teilnehmer bereits in einer Art Endzeitstimmung. Dass ihre Absichten alles andere als friedlich sind, belegen Quarzsandhandschuhe, Stichschutzwesten und zuletzt – wir haben es heute schon gehört – ein sogenannter Schießkugelschreiber samt scharfer Munition [...] Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung tragen unter anderem die Organisatoren aus dem verschwörungsideologischen Querdenker-Milieu. Diese haben sich als völlig unfähig und unwillig erwiesen, größere Versammlungen zu leiten [...] Widerspruch, Protest und Demonstrationen gegen politische Entscheidungen sind legitim und gehören zur gelebten Demokratie.

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Das ist was völlig Neues.)*

Verbote dürfen nur die absolute Ultima Ratio sein, an die zu Recht besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Aber jeder Einzelne muss über seine Rolle auf diesen Demonstrationen nachdenken [...].

Meine Damen und Herren, jeder, der für sich beansprucht, eine bürgerliche Mitte zu vertreten, muss sich ganz klar von rechten und demokratiefeindlichen Positionen abgrenzen. Dies ist möglich, wir haben das bereits gestern diskutiert. Wer für sich beansprucht, mündig genug zu sein, auf Demonstrationen zu gehen, von dem können, dürfen und müssen wir auch erwarten, dass er eine klare Position bei antisemitischen Plakaten, neonazistischen Fahnen und rechten Gewalttättern bezieht.

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Diese Verantwortung trägt jeder Einzelne, der nicht diesen Rechtsstaat untergraben will. In diesem Sinne: Abstand halten zu Reichsbürgern, Neonazis und Querdenkern,

*(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:
Und Kommunisten.)*

nicht nur aus Infektionsschutzgründen, sondern auch aus Demokratieschutzgründen! – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Demonstrationsverbote lehnt meine Fraktion in der derzeitigen Situation ab.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In einer wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit, dem Brokdorf-Beschluss, heißt es, ich zitiere: „Demonstrativer Protest kann insbesondere notwendig werden, wenn die Repräsentativorgane mögliche Mißstände und Fehlentwicklungen nicht oder nicht rechtzeitig erkennen oder aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen.“ [...]

Die Versammlungen, die wir derzeit im gesamten Land beobachten, können durchaus auf Fehlentwicklungen hindeuten. Die Menschen, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht gegen Corona impfen lassen wollen, machen gerade eine massive Ausgrenzungserfahrung durch. Anders als die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger haben sie keinen Zutritt mehr zu Cafés, Bars, Restaurants, Fitnessstudios, Sporthallen, Einzelhandelsgeschäften, mit Ausnahme der Geschäfte, in denen Gegenstände des alltäglichen Bedarfs erhältlich sind. Sie fühlen sich zurückgewiesen und diskriminiert und wenden sich gegen die Maßnahmen, mit denen der Staat ihre Rechte einschränkt. [...]

Primäres Ziel der Organisatorinnen und Organisatoren der größeren Corona-Demonstrationen hier bei uns im Land ist es aber nicht, Ausgrenzungserfahrungen zu thematisieren oder sachliche Kritik an den staatlichen Corona-Maßnahmen zu äußern. Ihr Ziel besteht vielmehr darin, den demokratischen Verfassungsstaat verächtlich zu machen und zu delegitimieren. [...]

Deutlich vor Augen geführt wird einem dies – und es ist ein Verdienst des Magazins „Katapult MV“, das publik gemacht zu haben – bei einem Blick in die für das Demonstrationsgeschehen in unserem Land relevanten Telegram-Kanäle. In der Gruppe „Ludwigslust steht auf!“ wird Bundesgesund-

heitsminister Karl Lauterbach als „Klabauterbach“ verunglimpft. Im Kanal „Freidenken Greifswald“ werden Journalisten als „Presstituierte“ bezeichnet. In der Gruppe „Dan Bar MV“ und „Schwerin schweigt nicht“ werden immer wieder Beiträge geteilt, die die aktuelle Situation mit der Verfolgung der Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus vergleichen. In der Gruppe „Güstrow MV steht auf“ wird auf die Kanäle des Reichsbürger-Vereins „staatenlos.info“ verlinkt. [...]

Und es bleibt ja nicht bei Chatbeiträgen. Ihrer Überzeugung folgend vernachlässigen die Organisatorinnen und Organisatoren von Corona-Demonstrationen nicht selten ihre Pflicht nach dem Versammlungsgesetz. [...] Mittlerweile bringt Innenminister Christian Pegel Demonstrationsverbote ins Spiel. Die können immer nur das letzte Mittel sein für den Fall, dass ansonsten gar nichts mehr geht. Das aber sehen wir derzeit nicht. [...] Demonstrationsverbote lehnt meine Fraktion in der derzeitigen Situation daher ab. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

David Wulff, FDP:

„Demonstrationen weisen auf Fehlentwicklungen in der Politik hin.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vieles von dem, was bereits gesagt wurde, unterstreichen wir als Fraktion ausdrücklich. [...]

Und ich glaube, diese Aktuelle Stunde soll natürlich auch deutlich machen, dass wir hier auch in diesem Hause das Demonstrationsrecht, die Versammlungsfreiheit, insbesondere

die friedlichen Proteste hier in Mecklenburg-Vorpommern, durchaus begrüßen und unterstützen. [...] Ein Verbot von Demonstrationen muss das letzte Mittel sein. [...] Aber auch das, was ich dann auch von den Polizeibeamten und -beamtinnen von vor Ort widerspiegelt bekomme, sind Sachen, wo wir noch mal nachsteuern müssen. [...] Natürlich sind die Dienststellenleiter mit der Polizei im regelmäßigen Austausch, aber es kommt leider auch hier immer wieder zu bestimmten Punkten, wo dann Demonstrationsrouten genehmigt werden, die die Polizei vor unglaublich große Herausforderungen stellt. [...] Und diese Absicherung der Demonstrationen ist doch auch in unserem ureigensten Interesse, denn wir wollen ja, dass diese Leute friedlich auf die Straße gehen können und ihre Meinung kundtun können. [...] Das heißt also, [...] das würde ja schon helfen, wenn solche Demonstrationen an einem Punkt fest sind, der von der Polizei gut abzusichern ist. Das ist ein milderer Mittel und ist deutlich noch zu bevorzugen, bevor eine Absage stattfindet.

Auch was das ganze Thema „Unterstützung der Kräfte“ angeht: In Hamburg haben wir zum Beispiel eine Reiterstaffel, und so eine berittene Polizei zur Absicherung von Demonstrationen macht natürlich schon sehr viel her und unterstützt natürlich auch die einzelnen Polizeibeamtinnen und -beamten.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...] So, aber auch das hilft ja, weil wir wissen, wir haben nicht genug Personal bei der Polizei. Dieser Personalmangel bei der Polizei stellt sich dann auch immer wieder heraus, wenn dann diese Großdemonstrationslagen – Rostock, Greifswald, Schwerin und Co – angemeldet werden, und dann kommen aber immer wieder noch kleinere Demonstrationen mit hinzu, die teilweise angemeldet, häufig aber nicht angemeldet werden.

[...] Die Demonstrationen weisen auf Fehlentwicklungen in der Politik hin, und die müssen wir klar benennen, da müssen wir drüber reden, weil, wenn wir es nicht schaffen, verlässliche und nachvollziehbare Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen, dann verlieren wir die Bürgerinnen und Bürger da draußen

(Beifall Horst Förster, AfD)

Und die machen einfach die Masse aus, die dann missbraucht wird von Gruppen,

(Beifall René Domke, FDP)

die das Ganze anders nutzen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Julian Barlen, SPD: Das machen wir
in jeder Debatte, darüber reden, klar!)*



Am 26. Januar erläuterte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Corona-Maßnahmen in einer Regierungserklärung.

Wege aus der Krise

Regierungserklärung gibt einen Ausblick und macht Hoffnung

■ Die erste reguläre Sitzungswoche im neuen Jahr startete mit einer Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Sie berichtete dem Landtag über die Beratungen und Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur Corona-Pandemie. Die Aussprache dazu wurde mit vier Drucksachen und einem Änderungsantrag verbunden. Die Fraktionen der Regierungskoalition und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten den von der Ministerpräsidentin erläuterten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie grundsätzlich zu. Die CDU übte Kritik an den Einschränkungen für Kultur, Sport, Gastronomie und Handel, während die AfD in einem großen Rundumschlag mit scharfer Kritik bei der Bewältigung der Corona-Pandemie nicht sparte. Der FDP ging es konkret um die Aufhe-

bung der 2G-Beschränkung im Einzelhandel. Alle Fraktionen sprachen sich für mehr Lockerungen aus. Die Ansichten zum Umfang und der Geschwindigkeit solcher Lockerungen waren unterschiedlich.

Die Ministerpräsidentin zeigte Verständnis für jeden, der von der Pandemie genug hat: "[...] dass die Menschen coronamüde sind, dass sie sagen, ich möchte eigentlich nicht mehr, das muss jetzt irgendwann vorbei sein." Es gehe um den Schutz der Gesundheit der Menschen, was in MV mit einem hohen Anteil an älteren Menschen besonders schwierig sei. Sie bedankte sich bei den Bürgern für die Kooperation in dieser schwierigen Zeit. Sie verwies auf die "noch fast 12, fast 13 Prozent der über 60-Jährigen, die ungeimpft sind." Sie ermuntere jeden zur Impfung, denn "es



Fotos: Uwe Sinnecker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

ist genug Impfstoff da." Wahrscheinlich habe Omikron einen milderen Verlauf. Aber, so die Ministerpräsidentin, der Expertenrat der Bundesregierung "kann noch nicht abschließend beurteilen, was das für die Belastung der Kliniken bedeutet." Sobald es dazu bessere Einschätzungen gebe, könne man „über Öffnungsschritte sprechen.“ Sie habe die Kritik aus dem Kulturbereich vernommen. Darum sei es nun möglich mit 2G-Plus und FFP2-Masken-Pflicht,

Fotos: Uwe Sinnecker



Zur Wahrung der Abstände zwischen den Abgeordneten sind nicht alle Plätze besetzt.

Theater und Kinos zu öffnen. Auch die Fortsetzung der Wirtschaftshilfen sei Thema der MPK gewesen. Was ihr Sorge bereite, seien die viele Proteste. "Ich habe großen Respekt vor unseren Polizisten und Polizistinnen, die diese Demonstrationen absichern." Sie appellierte nochmal an jeden Menschen im Land: "Lassen Sie sich impfen und boostern!"

Fraktionsvorsitzender **Nikolaus Kramer** (AfD) kam mit einer Liste an Kritikpunkten und Forderungen. In ihrem Antrag „Falsche Zahlen zu Corona-Infektionen unverzüglich aufklären“ forderte die Partei Aufklärung, wie es dazu kommen konnte, dass die Landesregierung falsche Zahlen zu den Inzidenzen von Geimpften und Ungeimpften veröffentlicht hatte. Der Abgeordnete sprach sich für bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte in den Krankenhäusern und den Ausbau der Intensivkapazitäten aus. Eine Impfpflicht hingegen, müsse vermieden werden. Weiterhin seien „alle Bürger gleich zu behandeln. Nur 1G wäre aus epidemiologischer Sicht sinnvoll.“ Denn "Bürger sollen eigenverantwortlich darauf achten, die Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. Es kommt auf jeden Einzelnen von uns an."

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow** stellte den Antrag seiner Partei „Corona-Pandemie entschlossen bekämpfen – Verlässliche und vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen“ vor. Er machte deutlich, je länger die Pan-

demie andauere, desto mehr wachse die Unzufriedenheit der Menschen. Er selbst ärgere sich auch über die Verkürzung des Genesenenstatus und die Ungültigkeit der Johnson & Johnson-Impfung. Durch kurzfristige politische Entscheidungen sei die Corona-Ampel zusehends schwerer nachvollziehbar. „Inzwischen suggeriert die Ampel eine Scheinverbindlichkeit.“ Der Antrag der CDU mache Vorschläge zur Unterstützung der Wirtschaft und fordere die Zugangsbeschränkungen in der Gastronomie zurückzunehmen. Für sehr wichtig erachte die CDU die Erarbeitung von Öffnungsperspektiven für alle Bereiche, einschließlich Sport und Kultur.

Jeannine Rösler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, bekräftigte die Ausführungen der Ministerpräsidentin, wonach die Omikron-Variante mit den stark ansteigenden Neuinfektionen Ungewissheit bringe, wie weit man mit Öffnungsschritten gehen könne. Es brauche jetzt „die ganz enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden, insbesondere den Gesundheitsämtern, der Wissenschaft und den politischen Entscheidungsträgern“. Sorgen bereite ihr das geringe Einkommen in der Gastronomie. Wenn nun das Kurzarbeitergeld greife, „dann wird schnell klar, dass das nicht zum Leben reicht. Und deshalb hat meine Fraktion von Anfang an ein Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro gefordert.“ Sie verwehre sie sich gegen Aussagen des Gaststättenverbandes DEHOGA. „Und so spricht der Verband von einem ‚Son-



Nikolaus Kramer, AfD



Franz-Robert Liskow, CDU



Jeannine Rösler, DIE LINKE



Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



René Domke, FDP



Julian Barlen, SPD



Henning Foerster (DIE LINKE) im Gespräch mit Philipp da Cunha (SPD)

deropfer', welches die Branche erbringen müsse." Das sei nicht hilfreich. „Alle Beteiligten machen sich die Entscheidungen zur Bekämpfung der Pandemie nicht leicht.“

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergriff der Fraktionsvorsitzende **Dr. Harald Terpe** das Wort. „Die Infektionsinzidenz bricht täglich neue Rekorde.“, stellte er fest und war sich sicher, dass die Dunkelziffer sehr wahrscheinlich viel höher sei. „Wir haben uns auch mit der Situation auseinandersetzen, dass die Impfungen keinen sicheren, dauerhaften Schutz vor Infektionen bieten.“ Er begründete den gemeinsamen Antrag mit den Koalitionsfraktionen: „Für uns ist die Motivation gewesen, dass es wichtig ist, dass man einen gemeinsamen Weg, möglichst breit getragen, geht.“ Aus dem Dokument gehe auch hervor, „dass es weitere Anpassungen der Corona-Ampel geben muss im Hinblick auf die Priorität, klare Öffnungsperspektiven zu gestalten. Und da sind explizit auch der Einzelhandel und die Gastronomie genannt.“ Insgesamt, fand der Angeordnete, „dass Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland verhältnismäßig gut durch die Pandemie über die zwei Jahre gekommen sind.“

René Domke, Fraktionsvorsitzender der FDP, fasste zusammen: "Die Corona-Pandemie hat vielen Menschen und auch mir persönlich ein Gefühl der Ohnmacht und Machtlosigkeit gegeben. In

unserem täglichen Leben greift der Staat – und das ist eben die Kehrseite dieser Pandemie – auch in unsere freie Lebensentscheidung ein, tagtäglich, mal mehr, mal weniger."

Dennoch stimme er zu, dass die neue, mildere Virus-Variante keine allgemeine Entwarnung sein könne. "Unser Land braucht neben dem Schutz der Gesundheit aber nun auch irgendwann mal eine Perspektive.", fuhr er fort. Es sei Zeit für einen „Strategiewechsel“, daher der FDP-Antrag „Wirtschaftliche Schäden vermeiden – 2G im Einzelhandel abschaffen“.

"Für die FDP-Fraktion gilt hier ganz klar: gleiche Regeln, gleiche Maßstäbe in der Risikoabwägung, gleiche Öffnungsperspektiven. [...] Unter Auflagen, unter weiterer Achtsamkeit wollen wir Freiräume schaffen, und das ist möglich."

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Julian Barlen**, plädierte dafür, sich der Sorgen der „stillen Menschen“ anzunehmen. Denn dies sei die Mehrheit. Es seien diejenigen, die "von ihrer Politik weiterhin einen Kurs der Vorsicht, einen Kurs der gesellschaftlichen Rücksichtnahme und Solidarität und vor allem auch einen Kurs der Klarheit" erwarten. Der Abgeordnete warb um Verständnis für die Entscheidungen der vergangenen zwei Jahre. "Es gab nicht von Anfang an, so, wie das einige behaupten, den Masterplan, den man nur einmal ausrollt und dann ein für alle Mal befolgt." Der Gemeinschaftsantrag „Mit Vorsorge und Augenmaß vor der Omikron-Welle

schützen“ von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verfolge die Idee, auf den „letzten Corona-Metern die Nerven [zu] bewahren“. Sobald es die Situation zuließe, werde „es umgehend entsprechende Perspektiven für den Einzelhandel, auch weitergehende Perspektiven für den Tourismus“ geben. "Wir sind allen Bürgerinnen und Bürgern zu Dank verpflichtet, die sich haben impfen und die sich haben boostern lassen, die sich die ganze Zeit über solidarisch verhalten haben, vernünftig verhalten haben. Alleine für diese große, große Mehrheit sind wir in der Pflicht, auch jetzt dran-zubleiben."

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Beschluss: Es fand eine Aussprache statt.

Änderungsantrag AfD Drucksache 8/301
Ablehnung des Änderungsantrages
Antrag der FDP Drucksache 8/292
Beschluss: Ablehnung des Antrages

Antrag der AfD Drucksache 8/298
Beschluss: Ablehnung des Antrages

Antrag der CDU Drucksache 8/299
Beschluss: Ablehnung der Ziffer I
Nummern 1 bis 12 und der Ziffer II
des Antrages

Antrag der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/300
Beschluss: Annahme der Ziffern 1 bis 9
des Antrages

Debatte zu Niedriglohn

12 Euro Mindestlohn als untere Grenze

■ Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will per Gesetz ab dem 1. Oktober 2022 einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Arbeitsstunde einführen. Laut dem Ministeriumsbericht 558 verdienen in Deutschland 6,2 Millionen Beschäftigte, rund 20 Prozent aller Arbeitnehmer, weniger als 12 Euro. Die Bundesrepublik hat damit einen der größten Niedriglohnssektoren in Europa, nach Polen, Bulgarien und dem Baltikum. Betroffen sind vorwiegend Gastronomie, Dienstleistung, Einzelhandel, Land- und Forstwirtschaft. Gegenwärtig gilt in MV ein Mindestlohn von 9,82 Euro. Ungefähr 200.000 Beschäftigte im Land könnten ab Oktober besser dastehen. Mit dem neuen Stundensatz würden erstmalig europäische Vorgaben eingehalten. Arbeitgebervertreter prüfen eine Klage gegen das Gesetz. In der 8. Sitzung des Landtages am 28. Januar 2022 fand auf Antrag der Fraktion DIE LINKE eine Aussprache zu dem Thema statt.

Der neue Mindestlohn sei kein Almosen, sondern ein zentrales Vorhaben der Berliner Regierung, eröffnete **Henning Foerster** (DIE LINKE) die Diskussion. Ausgerechnet Stimmen aus dem Niedriglohnsektor würden vor einer nicht tragbaren Erhöhung der Personalkosten warnen, wunderte sich der Abgeordnete. Das erinnere ihn an die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015. Entgegen allen Befürchtungen sei die Beschäftigung gewachsen, die Kaufkraft gestiegen. „Mehr als 30 Jahre nach der Wende ist immer noch jeder Dritte Vollzeitbeschäftigte in MV ein Geringverdiener. Deutschlandweit ist es nicht einmal jeder Fünfte.“ Eine Abkehr von der Devise „Zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.“, sei gefordert. Ohnehin, so der Abgeordnete, mit 8,50 Euro „war das Einstiegsniveau beim gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland



Foto: Jens Büttner

Dienstleistungen sowie die Gastronomie gelten in Deutschland zu den Niedriglohnbranchen.

seinerzeit viel zu niedrig.“ Er verwies auf die EU-Richtlinie für europäische Mindestlöhne, wonach diese „nicht unterhalb von 60 Prozent des mittleren nationalen Einkommens liegen dürfen.“ Das sei für Deutschland die 12 Euro-Marke.

„Glaubt man einigen Arbeitgeberverbänden dann ist es so: Ein Gespenst geht um. Und das ist der Mindestlohn.“, formulierte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Der Mindestlohn sei eine wichtige Untergrenze. Wer in Deutschland in Vollzeit arbeite, müsse davon seinen Lebensunterhalt bestreiten können, machte er deutlich. Dem dürfe keine Altersarmut drohen. Die Teilhabe an der Gesellschaft müsse möglich sein und ein Anreiz zur Arbeit da sein. Der neue Mindestlohn trage zur Stabilität der sozialen Sicherungssysteme bei. Der Minister gab zu bedenken, dass MV „die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland“ habe und nur 23 Prozent der Betriebe tarifgebunden seien. In seinem Ministerium werde bei der Auftragsvergabe Tariftreue eingeführt. Wer für wirtschaftliche Aktivitäten Geld vom Staat haben wolle, müsse diese Regeln anerkennen, so sein Standpunkt. „Wenn es ein Gespenst gibt in Mecklenburg-Vorpommern, dann ist es das vom Niedriglohnland. Und das Gespenst müssen wir gemeinsam verjagen.“, lautete die Botschaft des Ministers.

Für die vielen Beschäftigten im Mindestlohnsektor sei es eine der wenigen positiven Meldungen in dieser Zeit, stellte

Michael Meister (AfD) fest. Die AfD halte den Mindestlohn auf jeden Fall für notwendig. Er sei mit dem Wesen der sozialen Marktwirtschaft verknüpft und „korrigiert die Position der Niedriglohnempfänger als schwache Marktteilnehmer.“

Er solle eine Existenz oberhalb der Armutsgrenze erlauben und zu einer, wenn auch schmalen Altersversorgung beitragen. Am Ende bringe der Mindestlohn keinen Mehrwert für den Einzelnen, wenn er durch steigende Kosten im Energiebereich oder die Inflation wieder aufgeessen werde. Wirklich notwendig sei es, die Bürger zu entlasten. Zum Beispiel bei der EEG- oder CO₂-Umlage und den GEZ-Gebühren. Aber was sei, wenn „Unternehmen einen solchen Lohn nicht zahlen können und Beschäftigte ihre Arbeit verlieren.“, fragte der Abgeordnete. Vielleicht sei der Anstieg zu schnell? Einfache Lösungen gebe es hier nicht. Sein Vorschlag: „Eine starke Wirtschaft in MV ist die beste Sozialpolitik.“

Wolfgang Waldmüller (CDU) verstand das Thema Mindestlohn als Generalangriff auf die Unternehmen. „Es ist schwierig, ein Gespenst zu verjagen, wenn man jeden Tag selbst davon spricht und das Gespenst jeden Tag wieder herruft.“

Ein Mindestlohn scheine „aus Sicht der Begünstigten auf den ersten Blick gerecht, notwendig“ zu sein. Er bat aber, das Ganze bis zu Ende zu denken. Mit



Foto: Jens Büttner

Mitarbeitende der Gastronomie sollen von der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns profitieren.

dem Gesetz wird die Mindestlohn-Kommission, die eigentlich zuständig sei, umgangen.

Auch hebele die gesetzliche Anordnung die Tarifautonomie aus. Es sei davon auszugehen, dass der Mindestlohn durch höhere Preise direkt an den Verbraucher weitergegeben und damit ein „Inflationsbeschleuniger“ würde, warnte der Abgeordnete. Er sei sich nicht sicher, ob für den Arbeitnehmer unterm Strich wirklich was übrigbleibe.

Der Politiker machte als eigentlichen Gewinner die Finanzkassen des Bundes aus, die mit 700 Millionen Euro Mehreinnahmen rechnen können. Die CDU sei auch für Korrekturen des Niedriglohns-sektors, aber durch die Erhöhung der Wertschöpfung und der Produktivität.

Christian Winter (SPD) nannte den Mindestlohn „die arbeitsmarktpolitische Erfolgsgeschichte dieses noch jungen Jahrhunderts“. Die Gefährdung der Tarifautonomie könne er nicht erkennen. Weil sich zu viele Unternehmen aus der Tarifbindung zurückgezogen haben, „ist ein existenzsichernder Mindestlohn wichtiger denn je.“ Der Redner könne auch nicht zustimmen, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze kosten würde. Die Vergangenheit habe uns das Gegenteil gelehrt. Der Absicht der Arbeitgebervertreter, eine Klage gegen das Gesetz zu prüfen, sah er gelassen entgegen. Auch wenn es unterschiedliche Zahlen dazu gebe, wie viele vom Mindestlohn profitieren würden: „Das wird die breiteste Lohnerhöhung in

Deutschland sein.“, war sich der Abgeordnete sicher.

Die Unternehmer hätten immer die Möglichkeit Mehrkosten auf die Preise umzulegen. Das könne der Arbeitnehmer nicht. Die steigenden Preise beträfen uns daher alle. Ziel für die Zukunft bleibe, dass Arbeitsmarkt und Tarifautonomie für auskömmliche und existenzsichernde Löhne sorgen.

Im Namen ihrer Fraktion begrüßte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ausdrücklich die Absicht der Bundesregierung noch in diesem Jahr den Mindestlohn anzuheben. Sie stimmte zu: „Der Mindestlohn muss tatsächlich vor Armut schützen und dieser Schutz vor Armut ist zentral.“

Bei allem Respekt für die Arbeit der Mindestlohn-Kommission, die Empfehlung zur Erhöhung auf 10,45 Euro zum 1. Juli 2022 reiche nicht aus. „Deshalb ist es richtig und extrem wichtig, dass der Mindestlohn einmal als Untergrenze parlamentarisch festgelegt wird.“, begründete sie die Verfahrensweise der Regierung. Zukünftig werde das wieder von den Tarifpartnern und der Kommission gestaltet werden.

Die negativen Szenarien bei der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 hätten sich nicht bewahrheitet. Auch dieses Mal werde das nicht eintreten.

Nach Schätzungen des DGB würden 8,6 Millionen Menschen Nutznießer des Mindestlohns werden. „Zwei Drittel von ihnen sind nach Angaben von ver.di Frauen.“

„Wir sind inhaltlich bei Ihnen.“, richtete sie an die Koalitionsfraktion. „Der Mindestlohn bringt uns dem Ziel: Gute Löhne für gute Arbeit näher.“

„Wir als FDP glauben nach wie vor fest an die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie.“, gab **Sabine Enseleit** (FDP) die Position ihrer Fraktion wieder. Die Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns werde nicht alle sozialen Probleme lösen, sorgte sich die Abgeordnete. „Denn auch 12 Euro sind kein auskömmliches Einkommen, um eine Familie zu ernähren und später eine anständige Rente zu bekommen.“ Was ihr fehle, sei die Perspektive. „Wollen wir jetzt dauernd und ständig Anpassungen vornehmen und damit den steigenden Preisen hinterherrennen?“, wandte sie ein. „Damit wird eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt, deren Folgen fatal sein können.“ Besser sei es, die Ursachen zu bekämpfen: „Bildung und eine starke Wirtschaft sind nach wie vor der beste Garant für höhere Löhne und sozialen Aufstieg.“ MV solle ein attraktiver, zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort sein mit schnellen Datenverbindungen, wenig Bürokratie und Reduzierungen bei Steuern und Abgaben. Dann, so die FDP-Politikerin, würde sich eine Diskussion um den Mindestlohn von selbst erledigen.

Hohe Heizkosten abfedern

Wärme auch für Haushalte mit niedrigem Einkommen

■ Alles wird teurer! Die Inflationsrate sei die höchste seit 30 Jahren, auch aufgrund ungewöhnlich hoher Energiekosten. Die Preise für Heizöl, Gas oder Fernwärme seien schon gestiegen oder die Versorger hätten weitere Erhöhungen angekündigt. Die Koalitionsparteien machten sich besonders um einkommensschwache Menschen Sorgen. Niemand dürfe vor die Wahl Essen oder warme Wohnung gestellt werden. Die Fraktionen DIE LINKE und SPD forderten daher die Landesregierung auf, sich beim Bund für einen einmaligen Heizkostenzuschlag zum Wohngeld einzusetzen, der über die bestehende Initiative der Berliner Regierung hinausgeht. Weiterhin soll die CO₂-Umlage nicht allein auf den Mieter abgewälzt werden. Und: solange die Pandemie andauert, soll es keine Strom-, Gas- und Fernwärmesperren für Bezieher von Sozialleistungen geben. Die Antragsteller DIE LINKE und SPD konnten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überzeugen, aber nicht vollends die Fraktionen der AfD, CDU und FDP. Der Antrag wurde angenommen.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) bezog sich auf eine Erhebung aus dem Jahr 2021, wonach 7 Millionen Menschen in Deutschland nicht genug Geld fürs Heizen hatten. „Ich finde, es ist schlimm, wenn jemand ein Zuhause hat und sich nicht traut, die Heizung anzumachen.“ Dies treffe diejenigen, die sowieso schon „jeden Euro dreimal umdrehen müssen.“ Die Abgeordnete wisse aus erster Hand, dass ältere Menschen überlegten, welche Lebensmittel sie einkauften damit auch noch die Heizung bezahlt werden könne. Auch 3 Euro mehr bei Hartz IV helfe nicht weiter. In MV seien 2,7 Prozent aller Haushalte auf Wohngeld angewiesen. Die Initiative der Bundesregierung für einen einma-



Foto: Jens Büttner

Die Energiekosten wie beispielsweise die Kosten für Heizung sind im Jahr 2021 deutlich angestiegen.

ligen Zuschuss sei gut, aber nicht ausreichend, machte die Politikerin deutlich. „Unser Antrag nimmt auch das Ziel einer sogenannten Klimakomponente beim Wohngeld in den Blick.“ Das ermögliche Wohngeldbeziehern, Wohnungen mit hohem Energiestandard zu mieten, die sonst über den Bemessungsgrenzen lägen.

Ja, die Verbraucherpreise für Haushaltsenergie seien gravierend gestiegen, gab Innenminister **Christian Pegel** (SPD) zu. Grundsicherungsempfängern sollte durch die Kostenübernahme der Jobcenter geholfen sein. Bei Wohngeldempfängern oder Haushalten mit geringem Einkommen sei es anders. „Ich freue mich deshalb, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf angekündigt hat und der ist auch schon in der Pipeline.“ In MV würden 23.000 Haushalte Nutznießer von einmalig 135 Euro für Single-Haushalte und 175 Euro für Zwei-Personen-Haushalten sein. Die CO₂-Bepreisung hänge auch vom Zustand der Mietwohnung ab. Darum sei es richtig, diese Kosten zu teilen. Die Regierung unterstütze das Verbot von Versorgungssperren, baue aber auf die kürzlich in Kraft getretenen Änderungen der Verordnung zur Strom- und Gasgrundversorgung. Der Minister setzte große Hoffnungen auf die Abschaffung der EEG-Umlage im kommenden Jahr, die eine erhebliche Entlastung der Verbraucher bei den Stromkosten bringen könne.

Erst würden Steuern erhoben und dann gebe es einen kleinen Teil für eine Minderheit der Bevölkerung zurück, warf **Petra Federau** (AfD) in die Diskussion. In den „exorbitanten Steuern und Abgaben auf Energie“ sah die AfD das eigentliche Problem, das es zu lösen gelte. „Wenn Sie die Bevölkerung tatsächlich entlasten wollen, dann sehen Sie zu, dass Sie die EEG-Umlage, die CO₂-Bepreisung und weitere künstliche Preistreiber streichen.“

Die Bundesregierung habe den geforderten Heizkostenzuschuss zugesagt. Damit habe sich ein Teil des Antrages erledigt. Die Vermieter mit der CO₂-Bepreisung zu belasten, treffe auch die Genossenschaften, Kommunen, das Land und den Bund, warnte die Abgeordnete. „Der AfD-Fraktion ist es wichtig, dass niemand und vor allem unverschuldet in einer kalten Wohnung frieren muss.“, daher unterstütze die AfD politische Regelungen zur Verhinderung von Energiesperren. Aber bei so einem unpräzisen Antrag könne sich die AfD lediglich enthalten.

Daniel Peters (CDU) warf dem Antragsteller vor, Bundespolitik wiederzugeben. „Da ist wirklich nichts, aber auch wirklich nichts Neues dabei.“ Er hakte alle drei Punkte ab: Heizkostenzuschuss beim Wohngeld sei bereits unterwegs. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien allerdings unzureichend. Was sei mit den Schwellenhaushalten?

Die Klimakomponente als sozialen Ausgleichsmechanismus wurde im Dezember im Landtag diskutiert. Die CDU habe damals konkrete Maßnahmen vorgeschlagen – jedoch erfolglos. Auch bei Stromsperrung von Haushalten habe Berlin Lösungen angeboten. „Die Regierungsfractionen von SPD und LINKEN haben den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land keine eigene Lösung für Probleme anzubieten.“, war sein Fazit. Die CO₂-Bepreisung für die Vermieter sei auch schon besprochen worden. Die CDU lehne das ab. Somit auch den ganzen Antrag.

Rainer Albrecht (SPD) hob den Grundsatz der SPD-Landtagsfraktion hervor: „Gutes und bezahlbares Wohnen kann man nicht dem freien Markt überlassen.“ Die Höhe der bundesweit anvisierten Sonderzahlung möge in vielen Fällen zu niedrig sein aber der Verwaltungsaufwand für eine fallgerechte Zahlung sei nicht vertretbar. Darum hoffe er auf eine Nachbesserung des Bundes. Weiter schlage er eine Reform beim Wohngeld vor, die Energiekosten und Preisschwankungen berücksichtige. Die SPD sei davon überzeugt, dass die Kostenteilung der CO₂-Abgabe den besten Steuerungseffekt habe.

Den Strom bei Zahlungsverzug abzuschalten, sei ein heikles Thema. Mit der Schonung für bestimmte Personengruppen bringe man „die Stadtwerke, die ja oft die Grundversorger in einer Gemeinde sind, unter erheblichen Druck.“ Egal welche Lösung gefunden würde, „für uns zählt: In Deutschland sollte keine Familie, erst recht nicht mit Kleinkindern, aufgrund hoher Energiepreise in einer eiskalten Wohnung sitzen müssen.“

„Die Lage ist ernst! Im Dezember 2021 lag die Inflationsrate bei plus 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Ein Rekord, den es so in den vergangenen 30 Jahren nicht gegeben hat.“, beschrieb **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Situation. Die Leidtragenden der gegenwärtigen Krise seien die „mit einem schmalen Einkommen“, setzte sie fort. „Es ist eines der wichtigsten Themen unserer Zeit, die sozialen Schiefen durch eine unzureichende und oft fehlgeleitete Sozial- und Arbeitspolitik ergeben haben, endlich auszugleichen.“ Die Abgeordnete konnte

zwar allen Punkten des Antrages zustimmen, aber sie führte die entsprechenden Bundesvorgaben auf, die schon auf dem Weg seien. Ihre Fraktion werde dennoch zustimmen, erhoffe sich aber keinen großen Effekt. Hingegen gab sie der Koalition mit auf den Weg: „Machen sie Wind und Sonne für jeden bezahlbar!“

„Unstrittig ist, dass wir in Deutschland aktuell die höchsten Energiepreise Europas haben - für nahezu alle Verbrauchergruppen. Und deutschlandweit steht MV mit an der Spitze.“, verdeutlichte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP) die Problematik. Die FDP könne sich in Teilen dem Antrag von SPD und DIE LINKE anschließen. Auch wenn der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger schon vom Bund umgesetzt werde, seien nicht nur diese Personen betroffen, gab die Abgeordnete zu bedenken. BAFÖG-Bezieher, Rentner oder Menschen im Niedriglohnssektor fänden keine Berücksichtigung. „Die eigentliche Lösung für alle Menschen liegt auf der Hand und das ist der Abbau von staatlichen Eingriffen in den Gas- und Strommarkt. Das fehlt in Ihrem Antrag.“, richtete sie an die Koalitionsfraktionen. Ein Anfang sei mit der geplanten Abschaffung der EEG-Umlage gemacht. Das Ende der Stromsteuer gehöre dazu. Auf keinen Fall stimme die FDP zu, Kosten des Verhaltens der Mieter auf den Vermieter abzuwälzen.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) bedankte sich für die „aufgeweckte Debatte“. Die Ursachen hätten alle verstanden, die Lösungsvorschläge seien aber von Partei zu Partei verschieden.

Aus den Beiträgen der AfD könne sie keine Antworten oder Lösungen entnehmen. Sie ginge mit der Forderung mit, MV durch den Ausbau von erneuerbaren Energien unabhängiger von Öl und Kohle zu machen. Allerdings blendeten Verweise auf die Bundesebene die Lebensrealität der Menschen in MV aus. Es gehe um mehr als 22.600 Haushalte im Land, um Menschen, die nicht genug verdienen. Bei der Anzahl der Wohngeldempfänger sei MV der Spitzenreiter auf Bundesebene. Wenn der Zuschuss komme, sollte klar sein, dass er nicht ausreichen werde.

Antrag DIE LINKE und SPD
Drucksache 8/258



Foto: Jens Büttner

Lernen fürs Leben

Mehr Augenmerk auf die Kernkompetenzen der Grundschüler

■ Lesen, Schreiben und Mathematik seien die elementaren Grundfähigkeiten, die Kinder in den ersten Schuljahren erwerben. Auf einem soliden Fundament könne dann ein breites Allgemeinwissen aufgebaut werden. Das helfe nicht nur bei der Berufswahl. Kluge, gebildete Schüler könnten sich leichter demokratische Kompetenzen aneignen, so der Antrag der AfD.

Testergebnisse zeigten, dass die Grundschule nicht ausreichend auf die Sekundarstufe vorbereite. Lücken seien später schwierig zu schließen und die Defizite würden bis in die Lehrausbildung oder ins Studium mitgenommen. Daher hatte die AfD einen Antrag zur Ergänzung des Schulgesetzes entworfen. Er forderte mehr Gründlichkeit, Systematik und zielgerichtetes Üben beim Lesen, Schreiben, Rechnen und den Grundlagen der Naturwissenschaften. Nur die AfD stimmte dem Antrag zur Überweisung an den Bildungsausschuss zu. Alle anderen Fraktionen lehnten ihn ab. In drei Monaten findet die Zweite Lesung statt.

Enrico Schult (AfD) erklärte, warum die Fraktion die Ergänzung im Landesschulgesetz anstrebt. „Wir wollen [...] explizit festschreiben, dass die Elementarbildung in der Grundschule insbesondere im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen Priorität vor allem anderen bekommen muß.“ Es sei schlecht um diese Kompetenzen bestellt. Darum könne



Seit 1919 besteht in Deutschland die allgemeine Schulpflicht. Jedes Bundesland hat seinen eigenen Lehrplan, der vorgibt, welche Kompetenzen und Inhalte vermittelt werden sollen.

die vorgeschlagene Festschreibung der Prioritäten im Schulgesetz, der Elementarbildung das notwendige Gewicht geben.

Der Abgeordnete verwies auf die letzte PISA-Studie. Wenn „jeder fünfte Neuntklässler in Deutschland nur noch einfache Sätze lesen und verstehen kann und der Wortschatz der Zehnjährigen in den letzten Jahrzehnten von 1.300 auf 700 Wörter zurückgegangen ist, ist das ein enormes Problem.“, argumentierte er. Defizite würden im „Land der Dichter und Denker“ zwar bemerkt, aber nicht angegangen. Die Prioritäten seien zugunsten einer breiten Themenvielfalt vernachlässigt worden.

Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) zeigte sich überzeugt, dass die zwei von der AfD vorgeschlagenen Sätze für das Schulgesetz, nichts bewirken würden. „Wenn das gelingt, dann hätte ich auch ein, zwei Sätze, die die Welt verändern würden. Aber ich weiß, dass ich nicht zaubern kann.“

Die Stärkung der Kernkompetenzen der Grundschüler sei bereits Bestandteil der Schulverordnung. Schon jetzt werde in den ersten beiden Jahren viermal mehr Deutsch- als Sachunterricht gegeben und doppelt so viel Mathematik als Werken oder Musik, führte sie aus. Das belege, dass das Anliegen der AfD bereits umgesetzt sei. Ein einfaches Aufstocken auf Kosten anderer Fächer sei aufgrund der Komplexität nicht möglich. Schulen könnten sehr wohl mit internen Stundentafeln auf Problemlagen reagieren.

Die Ministerin konnte nicht erkennen, dass die PISA-Studie für MV repräsentativ sei. Der Antrag sei nicht zu Ende gedacht, gab sie der AfD mit auf den Weg.

Torsten Renz (CDU) schloss sich der Einschätzung der Bildungsministerin an. Außer der Betonung der Bedeutung der Grundkompetenzen werde der Vorschlag in der Praxis nichts ändern. Er richtete an die AfD: „Wir wollen hier praktische Politik machen“, die etwas für die Schüler in unserem Land erreiche.

Dennoch stelle sich die Frage: „Brauchen wir am Ende, wenn wir die Zielstellung definieren, bessere Deutschkenntnisse oder auch Mathekenntnisse?“. Er bemühte den Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode, wo eine Wochenstunde mehr Deutschunterricht in den Klassenstufen Eins und Zwei festgeschrieben und dann auch umgesetzt worden war. Zusätzlich wurden Sachkunde und Deutsch verknüpft, um mehr für beide Fächer rauszuholen. Er vermisse eine Fortschreibung dieser Bemühungen im Koalitionsvertrag der jetzigen Regierung. Den AfD-Antrag hielt er für nicht hilfreich, aber das Thema sollte lösungsorientiert weiter diskutiert werden.

Andreas Butzki (SPD) begann mit der Frage: „Was würden wir verpassen, wenn wir diesem Entwurf nicht zustimmen? Gar nichts! Denn alles was hier im Beschlußvorschlag vorliegt, ist bereits geregelt.“ Er zitierte die Punkte aus dem Landesschulgesetz und aus alten Beschlussfassungen, die genau den Forde-

rungen der AfD entsprachen: Stärkung der Kernfächer Deutsch und Mathematik und Grundschüler zu einem Mindestwortschatz von 800 Wörtern befähigen. Grundschüler hätten mindestens eine Stunde Deutsch und Mathematik am Tag. „Aus unserer Sicht ist es eine sehr ausgewogene Stundentafel, mit einer Stundenzahl die dem Alter der Schulkinder entsprechend angepaßt ist.“, verdeutlichte der Parlamentarier. In MV könnten Kinder kostenlos in den Hort, knüpfte er an. Es gebe die Landesprogramme „Lesen macht stark“ oder „Rechnen macht stark“. Das alles sei ein klarer Erziehungsauftrag.

„Bildung ist ein hohes Gut und der Schlüssel für eine selbstbestimmte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen durch mündige Bürgerinnen und Bürger.“, verdeutlichte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Position ihrer Fraktion. Sie hob hervor: „Meine klare Antwort dazu, ob es jetzt nur Lesen, Schreiben und Rechnen braucht, was wir in der Grundschule vermitteln sollen, ist natürlich: Nein, das ist es nicht!“ Bildung sei dann am erfolgreichsten, wenn sie interdisziplinär sei. Dem müsse durch ein Zusammenspiel von Bildung, Erziehung und Betreuung in der Grundschule und der gesamten Gesellschaft Rechnung getragen werden, fügte sie hinzu. Bildung müsse als Investition in die Zukunft begriffen werden - mit genügend Ressourcen und gut ausgebildeten Lehrkräften. In der Umsetzung des Schulgesetzes und der Rahmenpläne „ist noch Luft nach oben“, fand die Rednerin.

Sabine Enseleit (FDP), gab unumwunden zu, dass Deutschland in puncto Bildung nicht so erfolgreich sei, wie es wünschenswert wäre. „Dass immer mehr Menschen in unserem Land nicht mehr lesen und schreiben können, ist erschreckend. [...] die Frage ist, ob daran die Grundschule schuld ist. Und ob das über eine Gesetzesänderung verbessert werden kann?“ Denn die Inhalte seien gut geregelt, war sich die Abgeordnete sicher. „Unser Ansatz ist vielmehr ein anderer. Wir brauchen mehr Personal an den Schulen damit viel individuelle Förderung möglich ist. Damit [...] jedes einzelne Kind seine besten Leistungen erbringen kann, in seinem Tempo und

mit einem für ihn oder sie passenden Lernkonzept.“ Auch würden Kinder heute anders als vor 50 Jahren lernen. Der Ausbau der Ganztagschulen sei ein wichtiger Punkt. Hier habe MV deutlichen Aufholbedarf. Die bisherigen Anstrengungen reichten nicht aus, aber Symbolpolitik helfe uns hier nicht weiter, gab die FDP-Politikerin zu bedenken.

Der Antrag sei nicht von Kompetenz gekennzeichnet, kritisierte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) das Vorhaben der AfD. Der Vorschlag sei bereits in zahlreichen Verwaltungsvorschriften hinreichend geregelt. Auch „gibt es klare Vereinbarungen im Rahmen der Kultusministerkonferenz zur Unterrichtsqualität.“, unterstrich die Abgeordnete. Darum sei die pauschale Behauptung haltlos, dass die Qualität des Unterrichts beständig reduziert werde. Allgemeinplätze gehörten nicht in ein Gesetz, so die Rednerin. Die AfD bliebe im Antrag harte Fakten schuldig. Die Studien auf Bundesebene ließen keinen konkreten Rückschluss auf MV zu.

"Ich will vieles was hier vorher schon Kluges gesagt worden ist, nicht wiederholen aber [...] die Koalition wird mit deutlich mehr Lehrkräften, für deutlich mehr Unterricht sorgen. In allen Klassenstufen und da können sie sich sicher sein."

Zum Ende der Debatte zeigte sich **Enrico Schult** (AfD) erstaunt, über die „Welle“, die entfacht wurde. Er wehrte sich gegen Unterstellungen, denn die Debattenbeiträge zeigten, dass das Thema durchaus relevant sei. Konkrete Vorschläge würde die AfD gern im Bildungsausschuss diskutieren und warb damit nochmals für den Antrag.

*Antrag AfD Drucksache 8/239
Beschluss: Ablehnung der Überweisung an den Bildungsausschuss
Gemäß § 48 Abs. 3 GO LT wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.*



Foto: Jens Büttner

Im Jahr 2020 gab es in Deutschland mehr als 100.000 Straftaten im Bereich Cyberkriminalität.

Cyberkriminalität

Unternehmen in MV müssen dringend ihre IT-Sicherheit aufrüsten

Cyberkriminalität ein Wort, bei dem fast jeder zusammenzuckt und hofft, es wird ihn nicht treffen. Ein Hackerangriff ist für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in MV oft existenzgefährdend. Die verursachten Schäden haben sich seit 2018 verdoppelt. Bundesweit waren 2020/2021 neun von zehn Unternehmen von Angriffen betroffen. Die kriminellen Methoden werden immer schwerer erkennbar.

Die CDU schlug mehrere Aktivitäten zur generellen Verbesserung der IT-Sicherheit von KMUs vor. Dazu gehörten: ein Expertennetzwerk für die umfassende Beratung zur Cybersicherheit; gezielte Förderung von Investitionen in den Datenschutz und die IT-Sicherheit; Informationskampagnen über Fördermöglichkeiten für IT-Sicherheit.

Der Inhalt des CDU-Antrages überlappte sich mit dem Antrag der FDP "Cyberkriminalität verhindern – Mecklenburg-Vorpommerns kritische Infrastruktur vor Angriffen aus dem Netz schützen" (Drucksache 8/249). Er wurde zwei Tage

zuvor beraten und einstimmig an den Innenausschuss überwiesen.

Für die CDU-Drucksache beantragten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Einzelabstimmung der Punkte, die alle von der SPD und DIE LINKE abgelehnt wurden und schließlich den Antrag scheitern ließ.

Seine Fraktion betrachte den vorliegenden Antrag als „einen wichtigen Baustein“, komplementär zu dem der FDP, führte **Daniel Peters** (CDU) aus. Darum wäre es gut, wenn dieser Antrag ebenso im Ausschuss diskutiert werden könnte. Cyberattacken seien auch in MV auf dem Vormarsch und richteten Schäden in zweistelliger Millionenhöhe an. Dazu gehörten Ransomware-Angriffe, wo Angreifer Computer verschlüsselten und der Eigentümer nur nach Zahlung einer Auslösesumme wieder Zugriff auf seine Daten erhalte. Das passiere dort, wo es durch Unachtsamkeit Schwachstellen gebe. „90 Prozent der Arbeitsplätze [in MV] finden Sie bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen“, die weniger gut gerüstet seien. Darum sei das Thema so wichtig, drängte der Abgeordnete. „Aufmerksamkeit ist das Hauptstichwort“, denn daran fehle es häufig, wisse er aus der Praxis. Es ginge darum, einen „Dialog und Vernetzungsprozess anzuschieben“. Ein weiterer Schritt sei, die Mittel der DigiTrans-Richtlinie des Landes zur Förderung der Digitalisierung von Unternehmen zu erhöhen.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD), verwies auf die Dinge, die schon umgesetzt werden. In MV gebe es nicht nur die Stabsstelle Digitalisierung, sechs Digitale Innovationszentren und weitere Fachzentren, sondern auch eine „Community“, berichtete er. „Die besteht aus Hochschullehrern, aus Unternehmern, aus Verwaltungsleuten – eine relativ große, bunte Truppe, die Digitalisierung im Lande spannend begleitet, verfolgt, unterstützt.“ IT-Security werde zum Top-Thema, denn heutzutage gebe es kaum noch Systeme, die nicht mit dem Internet verbunden seien. „Und die Außenkontakte sind im Zweifel das Risiko.“, warnte der Minister. Ja, es treffe nicht nur die Großen „nein, auch viele, viele Kleine, gerade die so genannten Hidden Champions“ seien für Kriminelle attraktiv. Die besten Vorgaben hälften nur, wenn das Bewusstsein existiere, diese oder jene E-Mail nicht zu öffnen. Der Minister verwies auf die DigiTrans-Richtlinie, womit auch IT-Sicherheitsmaßnahmen finanziert werden könnten. „Aber die Baustelle bleibt für uns immer die Aufmerksamkeit!“

Auch **Martin Schmidt** (AfD) betonte die Bedeutung der Cyberkriminalität. Sie „gehört zu den größten Geschäftsrisiken von Unternehmen.“ Und es sei ein Thema, das nicht nur regional, sondern international, auf Bundes- und Landesebene angesiedelt sei. „Ein bisschen Landespolitik reicht hier nicht.“, betonte der Redner. „Wir brauchen ein technisches und weiterbildendes Gesamtsystem.“, war seine Ansicht. „Wir müssen mehr tun für die Prävention und auch für die Bestrafung von Cyberkriminalität.“ Im Ausschuss, möglichst im Wirtschaftsausschuss, könnten gute Ergebnisse gefunden werden. Es fehle nicht am Willen, eher an der Umsetzung, denn die Probleme würden immer komplexer. Der Abgeordnete pflichtete bei, dass Cyberangriffe zum unternehmerischen Risiko gehörten. Der Staat solle nicht jedes Risiko abfedern. Angesichts des FDP-Antrags sei die CDU-Drucksache eigentlich obsolet. Dennoch werde die AfD zustimmen. Nur bei einer ablehnenden Mehrheit, enthielte sich die AfD der Stimme.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) verwies auf den früheren FDP-Antrag, bei dem sich alle einig waren. Der jetzige Antrag

der CDU konzentriere sich auf die Landesfinanzierung für grundlegende Hilfen und Info-Kampagnen, so die Politikerin und wurde konkret: „Ich glaube, dass dieses Konstrukt weder in der Theorie noch in der Praxis funktionieren wird.“ Es sei unternehmerische Pflicht aufzuklären und zu lernen. Denn der Mensch sei das Basisrisiko, schloss sie sich den Vorrednern an. Zur Prävention gehöre, zweimal hinzusehen, viel Aufmerksamkeit, Updates vorzunehmen und die Erneuerung alter Geräte. Weil gerade kleine Unternehmen Ziele seien, verwundere, dass bei den bisherigen Infoveranstaltungen der unterschiedlichen Anbieter, die Teilnahmequote nicht befriedige. DIE LINKE unterstütze die KMUs aber dieser Antrag lege den Fokus auf die Landesregierung und das lehne die Fraktion ab.

Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) legte dar, dass ihre Fraktion mit der CDU in der Einschätzung der Cyberkriminalität als wachsende Gefahr für KMUs übereinstimme. Kleine Unternehmen dächten, sie seien nicht so wichtig für Cyberangriffe, warnte die Abgeordnete. Das Computernotfall-Team für Training oder Konsultation einzuspannen, hielte sie für wenig geeignet, da die Experten schon mit den Tagesaufgaben überlastet seien. Sie präsentierte eine bessere Idee: das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) habe den IT-Grundschutz entwickelt. „Der IT-Grundschutz ist Methode, Anleitung, Empfehlung und Hilfe zur Selbsthilfe für Behörden, Unternehmen und Institutionen, die sich mit der Absicherung ihrer Datensysteme und Informationen befassen wollen.“, war ihr Hinweis. „Unter Fachleuten gilt längst der Mensch als das größte Risiko für die Sicherheit eines Unternehmens“, bestätigte die Abgeordnete.

Zweimal in dieser Sitzungswoche werde das Thema IT-Sicherheit debattiert. **David Wulff** (FDP) hielt das für ein gutes Zeichen. Er teilte mit den Abgeordneten seine gute Erfahrung mit dem BSI. Man könne sich Nachrichten schicken lassen, die auf Sicherheitslücken in Unternehmensnetzwerken hinweisen – automatisch und kostenlos.

Ja, der Mensch sei der Hauptfaktor, aber: „Wir dürfen den Faktor Kosten durchaus nicht außer acht lassen.“, gab der Abge-

ordnete zu bedenken. Softwareaktualisierung, Backup, sicheres Passwort – das sind die IT-Grundregeln. Das koste Geld, was KMUs nicht hätten. Auch das Wissen für die Einrichtung der Systeme sei nicht immer da. Darum halte er den Antrag für gut. „Jedes Unternehmen bei uns im Land ist wichtig.“

IT-Sicherheit sei ein Thema, das gerade in den letzten Monaten wichtiger geworden sei und welches auch auf der persönlichen Ebene verfestigt werden müsse, kommentierte **Christian Winter** (SPD) den Antrag der CDU. Leider könne er im Antrag kaum Innovationsgehalt ausmachen. Die Verantwortung für das Geschäftsrisiko könne die Politik den Unternehmen nicht abnehmen. Die entsprechenden Foren seien die Kammern, die die laufenden Landesprogramme nutzten, Schulungsangebote machten und das funktioniere. Das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 in Rostock sei auch eine gute Anlaufstelle. Der Politiker gab noch ein anderes Beispiel: „Bereits 2019 hat das Land Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit der Hochschule Stralsund eine IT-Sicherheits-App veröffentlicht, die gerade auch auf die Wirtschaftsstruktur speziell in Mecklenburg-Vorpommern zugeschnitten ist.“ Geld und Mittel seien schon da – so sein Fazit.

Daniel Peters (CDU) bedankte sich für die Debatte. Er appellierte nochmal, nicht alle Verantwortung auf die Unternehmen abzuschieben. „Da kann man auch sagen: jeder Bürger soll sich selber um seine Sicherheit kümmern, dann bauen wir die Polizei ab.“ Es sei richtig, dass die alte Regierung schon Strukturen installiert habe. Aber aufgrund der wachsenden Probleme, reiche das nicht mehr. Eine Überweisung in den Ausschuss sei gut, aber einfach vom Tisch wischen, das fände er nicht akzeptabel, denn „90 % der Arbeitsplätze in MV sind in den KMUs und da müssen wir unterstützen.“ Mit Nachdruck versicherte er: das Thema werde im Interesse der Unternehmen ernst genommen – gemeinsam mit der FDP. Er warb nochmals für die Überweisung in den Innen- und Wirtschaftsausschuss.

*Antrag CDU Drucksache 8/244
Beschluss: Ablehnung der Überweisung*



Foto: Jens Büttner

Mitarbeiter der Michael Succow Stiftung (Greifswald) untersuchen das Wachstum von seltenen Pflanzen im rund 36 Hektar großen Hangquellmoor Binsenberg. Intakte Moore speichern große Mengen von Treibhausgasen. Geraten Moore aus dem Gleichgewicht, setzen auch sie Treibhausgase frei.

Besseres Verständnis von Emissionen

Datenerhebungen helfen den Ursprung von Treibhausgasen aufzuspüren

Es war eine lange und intensive Debatte über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen jährlichen Klima- und Treibhausgasbericht. Zeitgleich mit dem Beginn der Diskussion am Vormittag des 28. Januars nahm der Landwirtschaftsminister noch an der Demonstration der Landwirte mit mehr als 350 Traktoren vor der Staatskanzlei teil. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollten Dr. Till Backhaus, seit November auch Klimaschutzminister, aber im Saal sehen, was sie mit einem Antrag zur Geschäftsordnung einforderten.

Noch während der Abstimmung erschien der Minister, die Aufregung legte sich aber nur langsam.

Das Thema, die Erstellung eines jährlichen Klima- und Treibhausgasberichtes, stand in Wichtigkeit den Protesten der Bauern nicht nach. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollten, dass der Bericht im Einklang mit dem Bundesklimaschutzgesetz und gemäß aktueller internationaler Standards erstellt wird. Die Emissionen sollten per Treibhausgasart aufgelistet werden und die Treibhausgasquellen bzw. -senken ausgewiesen sein.

Alle Fraktionen stimmten für eine Überweisung des Antrages in den Agrarausschuss.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte nachdrücklich, er sorge sich um den Planeten, das Klima und das Gleichgewicht der Ostsee. "Eigentlich bin ich auch froh, dass in der Debatte zur Küstenfischerei alle demokratischen Fraktionen den Klimawandel als zentrale Ursache verstanden haben.", verwies er auf die Diskussion von zwei Tagen zuvor. Aber, er sei unzufrieden mit der Da-

tenlage zur Entwicklung der CO₂-Emissionen und Treibhausgasbilanz in MV. Seit den 1990-er Jahren seien die Zahlen nicht belastbar. Er erachte es als die Aufgabe des Landwirtschaftsministers, CO₂-Budgets für MV auszuweisen und die Politik danach auszurichten. "Dafür wären natürlich aktuelle, vollständige und präzise Zahlen und Fakten nötig [...], die ganz allgemein immer Grundlage guter Politik sein sollten." Andere Bundesländer hätten solche Statistiken und das mache es viel einfacher die Wirkung von Maßnahmen abzuschätzen. "Für unser Bundesland sind die letzten verfügbaren aktuellen Zahlen über drei Jahre alt." Er wisse, dass eine Ausschreibung für einen Energie- und CO₂-Bericht in Vorbereitung sei. Aber gegenwärtig sei MV das Schlusslicht.

Dr. Till Backhaus (SPD), noch sichtlich unter dem Eindruck der Demonstration der Landwirte, bat um einen fairen Stil im politischen Diskurs.

Zum Thema äußerte er, dass er sich beim Bundeswirtschaftsministers Dr. Robert Habeck für bundesrepublikanische Statistiken und Richtlinien

für Klimaschutzdaten einsetzen werde. Der Klimaschutz sei eine der größten Herausforderungen und natürlich brauche das die Erfassung von Daten. "Ohne Klimaschutz, ohne sauberes Wasser, ohne Artenvielfalt können wir und der Organismus Erde nicht existieren." Die Energie- und CO₂-Berichte würden bislang von einem externen Dienstleister erstellt. „Es gibt jährliche Werte.“ Diese seien auch fundiert und würden ständig umfangreicher. Es gebe hohe Kompetenzen in MV, besonders bei der Einbeziehung von Mooren in der Berechnung von Treibhausgasemissionen „Da sind wir weltweit führend.“ Das Thema mache Sinn, so der Minister und richtete an die Antragssteller: „Bringen Sie sich mit ein!“

Thore Stein (AfD) zeigte sich solidarisch mit Minister Backhaus. "Eben werden sie noch draußen von den Landwirten ausgebuht, weil sie zu viel tun, jetzt müssen sie sich hier drinnen von den Grünen anhören, dass sie zu wenig tun." Es würde ja immer so getan, als wenn bei Null angefangen werde und, dass es noch nie so schlimm gewesen sei, wie jetzt. "Das ist ja falsch. Wir haben in unglaublich vielen Bereichen in den letzten 20, 30, 40 Jahren unglaublich viel erreicht." Er gab zu: "Die Dichte an entsprechenden Publikationen ist natürlich etwas dürftig." Der Abgeordnete fand aber in einem Bericht des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie, dass die Luft in MV so gut sei wie noch nie. Er sah in den Formulierungen des Antrages eher eine „Kampfansage an den ländlichen Raum“, die die AfD entschieden ablehne. "Die Menschen fahren ihren alten Diesel dort nicht, weil sie Euro 5 Norm ablehnen. Sie fahren ihren alten Diesel, weil sie sich keine 30 oder 40 Tausend Euro für ein E-Auto leisten können."

Beate Schlupp (CDU) war von der Debatte nicht überrascht: "Auf den Punkt gebracht: der Minister handelt schon. Der Antrag ist entbehrlich." Sie rief das von Minister Backhaus Gesagte in Erinnerung: "Die Landesregierung beabsichtigt nach eigenem Bekunden, als eines der wichtigsten Vorhaben in dieser Legislaturperiode ein Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen." Wenn dieses Gesetz die Erwartungen erfüllen

solle, dann müsse klar sein, in welcher Quantität und Qualität Daten gebraucht würden. Da kämen im erheblichen Umfang Aufgaben auf uns zu, wurde die Abgeordnete deutlich. "Und von daher, und das ist die Auffassung meiner Fraktion, sollten wir uns die Zeit nehmen, darüber im zuständigen Fachausschuss zu beraten." Sie beantragte daher eine Überweisung und hoffte, „dass sich auch der Antragsteller dieser Idee annähern kann."

Daniel Seiffert (DIE LINKE) richtete eine Vorbemerkung an die AfD: Klimaschutz sei kein Horrorszenario. "Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht grundsätzlich Sinn." Die meisten Forderungen seien von seiner Partei in der vergangenen Legislaturperiode als Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vorgeschlagen worden. "Für meine Fraktion ist die grundlegende Datenerhebung unter ständigem Monitoring die Grundlage des erfolgreichen Klimaschutzes." Es gäbe Zahlen, so der Abgeordnete, und daher sei es kein Anfang bei Null. Der Antrag gehe in die richtige Richtung.

Man könne prüfen, ob es wirklich notwendig sei, einen jährlichen Bericht zu verfassen. Auf jeden Fall sei der Ausschuss der richtige Ort für solche Detailfragen.

Sandy van Baal (FDP) suchte nach einem tragbaren Kompromiss. "Grundlegend können wir ihr Anliegen verstehen. Wenn man ein Ziel vor Augen hat, da muss man erst mal wissen, was man zur Erfüllung des Ziels benötigt, beziehungsweise, mit welchem Problem man es zu tun hat." Jedoch bringe der Vorschlag auch Probleme und Belastungen. Es sei nicht ersichtlich, wie das genau umgesetzt werden solle. Welcher Ressourcen bedürfe es? Welche Kosten entstünden? Könne das Land das überhaupt erfüllen? Neue Technologien seien nicht berücksichtigt, gab die Abgeordnete zu bedenken. "Wir bezweifeln nicht den Klimawandel und sind auch bereit, Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Treibhausgasinsparziele zu erreichen." Die FDP sei aber auch kritisch und hinterfrage Vorschläge. Daher sei die Überweisung in den Ausschuss am besten geeignet.

Elisabeth Aßmann (SPD) nannte Berichte, die Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft als Folge von Düngemittelaufschlag auflisten. Auch Moore spielten eine Rolle, genauso wie Abwasser, Müll und andere Faktoren. Die Kritik, dass die Zahlen zu ungenau seien, weise sie zurück. Denn die Wissenschaft arbeite an "vielen Stellen mit Referenzwerten, mit Hochrechnungen, mit Modellierung, mit Abschätzung und so weiter und so fort." Sie würde jeglichen Verbesserungsvorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen. Die Abgeordnete offenbarte, dass sie sich über den Beginn der Diskussion geärgert habe. Es sei bekannt gewesen, dass der Minister zur Demonstration gehen würde. "Wenn es eine Klimaschutz-Demo gewesen wäre, wären Sie vielleicht auch dagewesen oder hätten sogar gefordert, dass er dort hingehet." Die Koalition sei bestrebt, das Polemische vom Sachlichen zu trennen.

Sie verwies noch auf den Koalitionsvertrag, wo festgelegt sei, dass MV klimaneutral werde, allen voran die Landesverwaltung. Für den jetzigen Antrag hätte die SPD gern den Fachausschuss dabei und könne somit für die Überweisung stimmen.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) reagierte auf die Kritik und betonte, dass er ein Freund vom fairen Umgang miteinander sei. Weiterhin wollte er anmerken, dass er falsch verstanden worden sei. Tatsächlich gebe es die Zahlen. Aber er wolle den zeitlichen Ablauf haben. Die CO₂-Emissionen seien seit 30 Jahren eine gerade Linie. Das könne nicht sein. Er sei mit einer Überweisung in den Ausschuss grundsätzlich einverstanden.

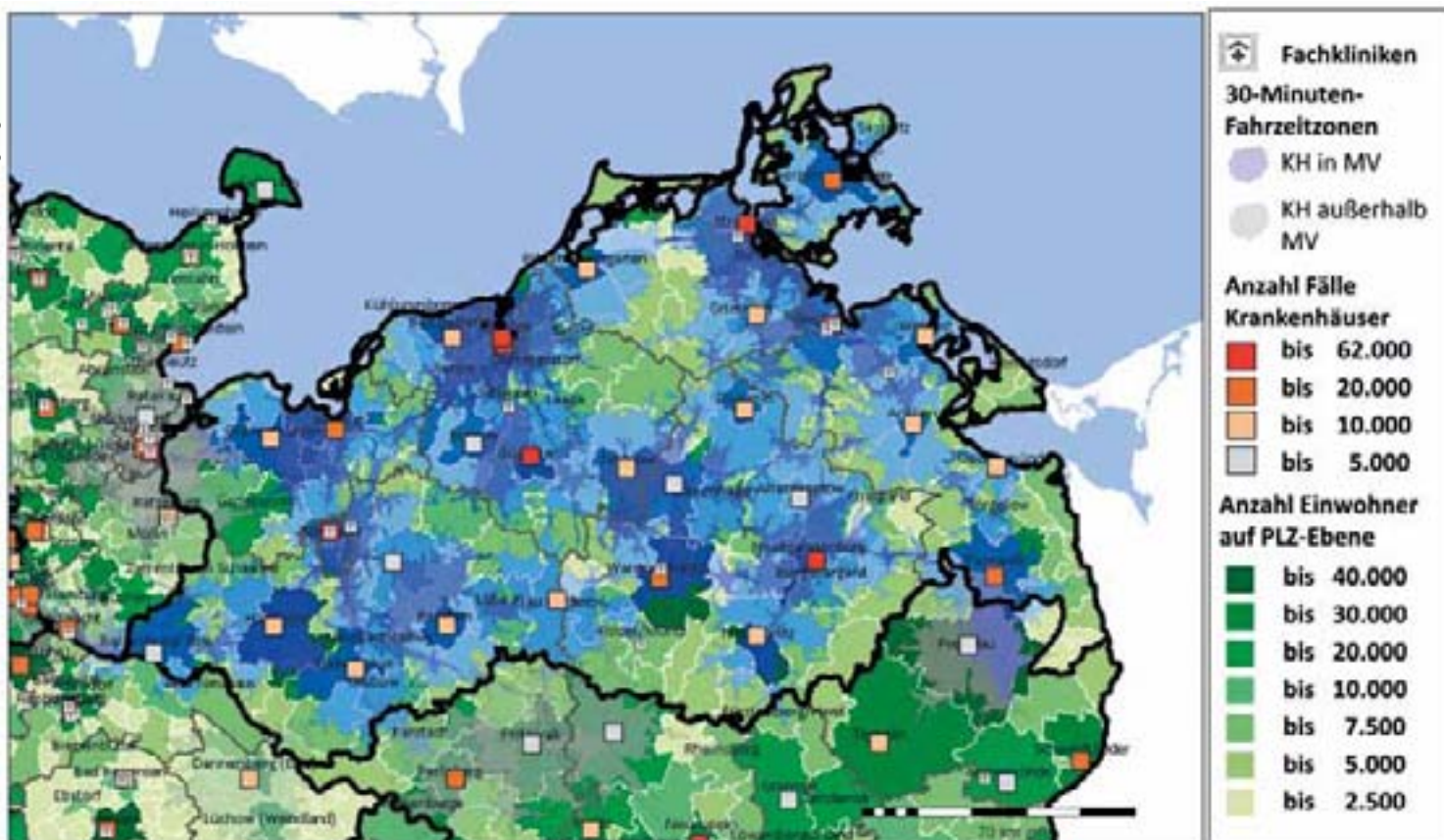
Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/253

Beschluss: einstimmig

Überweisung an den Agrarausschuss

Quelle: G-BA 2020; Augurzyk et al. 2021, Darstellung aus dem Gutachten „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“, S. 31.



Ereichbarkeit der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern (2018): Die blau markierten Bereiche zeigen die Regionen in MV, in denen ein Krankenhaus innerhalb von 30 Minuten erreicht werden kann. Aufgrund der teils sehr langen Wege im Land ist die Erstversorgung vor Ort umso bedeutender.

„Land|Retter“ sind Lebensretter

Eine Lebensretter-App soll landesweit auf Erfolgskurs geschickt werden

■ Niemand wünscht sich einen medizinischen Notfall. Wenn er eintritt, sind Erste Hilfe-Maßnahmen in den ersten Minuten entscheidend. Fast jeder weiß das, aber die meisten Menschen trauen sich nicht, nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand einzugreifen. In MV kommen bei Rettungseinsätzen noch andere Faktoren erschwerend hinzu: der ländliche Raum mit weiten Entfernungen und wenig Infrastruktur, eine relativ alte Bevölkerung und Fachkräftemangel. Hier hat das Modellprojekt „LandRettung“ einen klugen Ansatz gefunden. In den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen wurden regis-

trierte Freiwillige durch ein App-Alarmsystem zu Notfällen in ihrer Nähe gerufen. Sie konnten oft schneller als die Rettungskräfte vor Ort sein und erste Unterstützung nach einem Unfall geben oder bei einem Herzinfarkt mit der Reanimierung beginnen. Diese Erfolgsgeschichte will die FDP-Fraktion landesweit fortschreiben. Ein Anliegen, dem sich keine Fraktion verschloss.

Eine konkrete Ausführung der Digitalisierung in der Praxis, so stellte David Wulff (FDP), den Antrag vor. In MV solle ein Rettungswagen innerhalb von 10 Minuten nach Notruf am Einsatzort sein. Auf dem Lande sei das eher im Bereich von 15 Minuten. Als ehrenamtlicher Rettungsschwimmer bei der Wasserwacht wisse er, dass es in jeder Region medizinisch geschulte Menschen gebe, die bereit wären zu helfen. Aber wie koordiniere man das? Dies sei der Ausgangspunkt für das von der Universitätsmedizin Greifswald initiierte Pilotprojekt „Land|Retter“ gewesen, berichtete der Abgeordnete. Im ersten Schritt sei eine Smartphone-App entwickelt worden. Seit 2017 hätten sich 840 App-Nutzer

aus Vorpommern-Greifswald registriert. Der zweite Baustein sei eine Schulung dieser Freiwilligen und der dritte ein Telenotarzt in der Greifswalder Einsatzzentrale, der oft eine Anfahrt des Notarztes erspare. „Das halte ich für einen unglaublichen Mehrwert dieses Systems“, warb der Abgeordnete für die Drucksache, denn ein politisches Signal würde die Krankenkassen mit ins Boot holen.

Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) verwies auf das Deutsche Reanimationsregister, wonach in Deutschland nur 10% der Menschen einen Herz-Kreislaufstillstand außerhalb des Krankenhauses überlebten. Wir alle möchten die Reanimationsquote erhöhen, bekräftigte sie. Darum habe die Landesregierung das Modellprojekt „LandRettung“ in Greifswald finanziell gefördert. Es laufe über vier Säulen: den Telenotarzt, die Laienreanimation, die Ersthelfer-App sowie die Zusammenarbeit von Kassenärztlicher Vereinigung und integrierten Leistungserbringern. „Für das Projekt ‚Telenotarzt‘ hat das Land bereits die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen [...] geschaffen“, berichtete Ministerin Drese.

Mit der digitalen Agenda „hat die Landesregierung 600.000 Euro zur Verfügung gestellt, um innovative Ansätze in der Notfallversorgung voranzubringen“ einschließlich einer weiteren Stelle für einen Telenotarzt. Sie sei für eine landeseinheitliche, digital gestützte Gesamtstrategie. Der Antrag sei ein guter Impuls dafür.

„Notrettung ist ein elementares Stück der Daseinsvorsorge, für die der Staat die Verantwortung trägt“, mahnte **Stephan Reuken** (AfD). Als Steuerzahler müsse sich der Bürger darauf verlassen können, dass diese Abgaben in seinem Sinne eingesetzt würden.

Die App sei daher eine gute Idee. Er betonte „dass es immer nur eine Ergänzung sein darf und keinesfalls am Ende als Feigenblatt dafür dienen kann, Einsparungen in Sachen Rettungsdienst zu betreiben [...] ein Notarztmangel läßt sich durch Telemedizin natürlich niemals beheben.“

Er bat auch darum, nicht den ersten Schritt vor dem zweiten zu machen: „Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor stolzer Besitzer von ganzen 230 Funklöchern“, besonders in den dünnbesiedelten Regionen, wo die App am nützlichsten sei. Für die AfD seien noch einige Fragen offen. Darum würde sie sich der Stimme enthalten, bleibe aber selbstverständlich offen für eine Überweisung in die Ausschüsse.

Der Antrag sei unterstützenswert, stellte **Katy Hoffmeister** (CDU) gleich zu Beginn ihrer Rede fest. „Die Einführung eines landesweiten App-basierten Ersthelfer-Alarmsystems ist sinnvoll. Sofern im gleichen Atemzug der Einsatz von Telemedizin bei Rettungseinsätzen vorangetrieben werden soll, ist das zielführend“. Das Greifswalder Projekt sei ausdrücklich zu loben. Sie wolle nicht die Ausführungen der Vorredner wiederholen, jedoch einige Dinge ergänzen. Die Verantwortlichen hätten viel Werbung für die Laienschulung gemacht. Dieser Baustein sei inzwischen auf die Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Rügen ausgeweitet worden. „Allerdings, und da drückt der Hemmschuh, über einen Verein und die Finanzierung ist nicht gesichert“, wollte die Abgeordnete anbringen. Außerdem sei die landesweite Ausweitung der

App und Registrierung von Ersthelfern anzustreben. Die Telenotärzte seien im Landkreis Vorpommern-Greifswald inzwischen in die Regelversorgung mit den Krankenkassen übernommen worden. Es brauche das Signal aus dem Landtag, um das Modellprojekt landesweit auszudehnen, appellierte sie an die Kollegen.

„Feiner Antrag, haben wir uns gesagt.“, übermittelte **Torsten Koplín** (DIE LINKE) im Namen seiner Fraktion. Er schlug vor, die Drucksache vertiefend im Fachausschuß zu diskutieren. Offen seien noch eine Reihe von Fragen, wie: Welche der 34 gängigen Apps sollte es sein? Welche technischen Kriterien spielten eine Rolle? Welche Alarmierungsradien seien praktikabel. Notärzte wollten nicht zu Bagatellen herausgerufen werden. Wie gehe man damit um? Wie viele Ersthelfer sollten berufen werden?

Torsten Koplín hatte auch noch Zahlen aus dem Jahr 2018: Es gab „136.000 Rettungsdiensteinsätze in MV - 371 per Tag. Nicht immer geht es um Leben und Tod, aber häufig. Es zeigt, wie wichtig es ist, das Projekt „LandRettung“ aufs Land auszudehnen.“ Er gab ebenfalls zu bedenken, dass allein im Jahr 2020 in Vorpommern-Greifswald 50 Prozent der Notarzteinsätze von Honorarkräften absolviert wurden, die nicht aus MV stammten. „Wir haben also einen erheblichen Handlungsdruck.“

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankte sich im Namen seiner Fraktion für den schönen Antrag. Er wand ein, dass Telemedizin als ökonomisch günstig beworben werde. Seine Partei sehe „eine gute medizinische Versorgung eben als Grundsatz und möchten da keine ökonomischen Überlegungen gelten lassen.“ Ferner wies er auf die bundesweit verschiedenen Modellprojekte hin und äußerte: „da würden wir uns Kommunikation wünschen, dass man diese Standards eben vereinheitlichen kann.“ Das käme auch den vielen Urlaubern im Land zugute, die möglicherweise auf einem anderen System registriert seien.

Der Abgeordnete regte an, bei anderen Länderverwaltungen zu schauen, ob man bestimmte Wege gemeinsam gehen könne. Damit würde man Tech-

nologien und Fachkräfte im Land halten und Lösungen entwickeln, die bundesweit Relevanz hätten. Zum Schluss rief er seine Kollegen auf: „Machen sie einen Erste-Hilfe-Kurs!“

„Es ist gut, dass wir heute ein Thema debattieren, dass für alle Menschen von höchster Bedeutung ist.“, adressierte **Christine Klingohr** (SPD) die Abgeordneten. Vor gut einem halben Jahr habe die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“ den Abschlußbericht mit vielen wichtigen Handlungsempfehlungen vorgelegt. Daran könne nun angeknüpft werden. „Alle Akteure der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen müssen dazu an einem Strang ziehen und das in dieselbe Richtung.“, wünschte sich die Abgeordnete. Sie sehe einen gewissen Gegensatz von Verantwortung für die Allgemeinheit und unbegrenzter Selbstbestimmung: „Der zukünftige Zusammenhalt unserer Gesellschaft braucht unbedingt Verantwortung und Engagement besonders im ehrenamtlichen Bereich.“ Sie hoffe, dass bei der Werbung für die App, der Fokus auf die Helfer sei und weniger die Software selbst.

Antrag FDP Drucksache 8/251

Beschluss: Überweisung an Sozialausschuss, Innenausschuss, Finanzausschuss



Am 21. Februar 2022 kam der Landtag zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Simone Oldenburg (DIE LINKE) hielt die Regierungserklärung.

Dringlichkeits- sitzung

Landtag beriet zu
„Aktueller Corona-Lage“

■ Für den 21. Februar hatte die Landesregierung eine Dringlichkeitssitzung des Landtages zum Thema „Aktuelle Corona-Lage“ beantragt. Zu Beginn der Sitzung richtete Landtagspräsidentin Birgit Hesse angesichts der vorausgegangenen Unwetterereignisse ihren Dank an alle haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die mit der Bewältigung der eingetretenen Schäden befasst waren. Dem auf dem Weg zu einem Einsatz verunglückten Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Gützkow (Landkreis Vorpommern-Greifswald) sendete sie Genesungswünsche im Namen des Parlaments.



Die Abgeordneten Jutta Wegner und Anne Shepley (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Gespräch.

Im Anschluss gab die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Simone Oldenburg, eine Regierungserklärung zum Thema „Aktuelle Lage 'Corona-Virus'“ ab. Sie erläuterte die Ergebnisse der jüngsten Bund-Länder-Gespräche vom 16. Februar 2022 und die sich daraus ergebenden Regelungen für MV. Die anschließende Aussprache dazu wurde mit zwei seitens der Fraktionen des Landtages vorgelegten Anträgen und einem Antrag der Landesregierung verbunden. Mehrheitlich angenommen haben die Parlamentarier den Antrag der Landesregierung „Erneute Feststellung nach § 28a Abs. 8 Infektionsschutzgesetz zur Anwendbarkeit des Maßnahmenkatalogs



Zu den Hygienemaßnahmen im Plenarsaal gehört, dass auch am Sitzplatz eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen werden muss.

in § 28a Abs. 1 bis 6 Infektionsschutzgesetz“ sowie den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Behutsam ins Frühjahr 2022 - Omikron überwinden und stufenweise öffnen“. Nicht durchsetzen konnte sich hingegen die AfD-Fraktion mit ihrem eigen eingebrachten Antrag „Corona-Depression überwinden: Freiheitstag in Mecklenburg-Vorpommern“.

Antrag Landesregierung
Drucksache 8/388
Anträge SPD, CDU, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/390
Antrag AfD Drucksache 8/391

Fotos: Uwe Sinnecker

Meldungen

Ukraine-Krieg Thema im Landtag

Foto: Uwe Sinnecker



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Am 1. März fand eine seitens der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beantragte Dringlichkeitssitzung des Landtages statt. Auf Bitten von Landtagspräsidentin Birgit Hesse erhoben sich die Anwesenden zunächst von ihren Plätzen, um der Opfer des gegenwärtig in der Ukraine herrschenden Krieges zu gedenken und die Geschlossenheit aller im Landtag vertretenen Fraktionen – für Frieden in Europa – zum Ausdruck zu bringen. In ihrer der Schweigeminute vorausgegangen Rede verurteilte die Präsidentin den seitens des russischen Staatspräsidenten, Wladimir Putin, am 24. Februar angeordneten Angriff der Ukraine durch russische Streitkräfte und den somit begangenen Bruch des Völkerrechts, welcher durch nichts zu rechtfertigen sei. Im Anschluss an die Rede brachten die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und DIE LINKE einen gemeinsam unter der Überschrift „Klare Haltung einnehmen zum militärischen Vorgehen Russlands gegen die Ukraine und dessen Konsequenzen für die Landespolitik“ erarbeiteten Antrag in den Landtag ein, welchen die Parlamentarier mehrheitlich annahmen. Nicht durchsetzen konnte sich hingegen die AfD-Fraktion mit ihrem eigens eingebrachten Antrag „Auf russische Aggression besonnen reagieren – Kein Zurück zum Kalten Krieg“.

Antrag CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/437
Antrag AfD Drucksache 8/436



Foto: Landtag MV

Als Zeichen der Verbundenheit wurde die Fassade des Schweriner Schlosses mit den Farben Blau und Gelb – den Nationalfarben der Ukraine – angestrahlt.



Simone Oldenburg (DIE LINKE),
stellvertretende Ministerpräsidentin



Mehrheitliche Zustimmung für den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD und DIE LINKE.

Foto: Uwe Sinnecker



Gedenkminute für die Opfer des Überfalls auf die Ukraine

Unternehmen weiter unterstützen

■ Die Corona-Wirtschaftshilfen des Bundes wurden zwar bis 31. März 2022 verlängert, aber die Bundesagentur für Arbeit erstattet den Arbeitgebern seit 1. Januar 2022 nur noch 50 Prozent der Beiträge zur Sozialversicherung (SV). Ausnahme: Wenn Kurzarbeiter eine Weiterbildung besuchen, gilt der volle Zuschuss.

Die CDU beantragte, die Landesregierung möge sich mit einer Initiative im Bundesrat für die Wiederherstellung der 100-prozentigen Bezuschussung einsetzen. Wenn das misslingt, könne das Land einspringen, schlug die CDU vor. Die Fraktion verwies auf die besonders angespannte Lage in kleineren Unternehmen, wo die Rücklagen erschöpft seien. Weiterbildung sei kaum umsetzbar.

Für die anstehenden Beratungen mit dem Bund hatte Wirtschaftsminister Reinhard Meier bereits einige der Punkte gelistet: Verlängerung des Kurzarbeitergeldes über den März hinaus sowie über die momentan geltende Dauer von 24 Monaten; rückwirkende 100-prozentige SV-Erstattung; Kompensierung der SV-Beiträge für Auszubildende durch Landesmittel. Einer generellen Ergänzung der SV-Zuschüsse durch das Land stünde er aus finanziellen und verwaltungstechnischen Gründen kritisch gegenüber. Allen Betrieben stünde der Härtefallfonds offen. Darum hielt er den Antrag für überflüssig.

Die AfD stimmte der CDU in der Einschätzung der Situation zu. DIE LINKE und die SPD erkannten ebenfalls die schwierige Lage, hatten aber die Belastung des Landeshaushaltes im Blick. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwiesen auf die Debatte vom Vortag und sahen keinen weiteren Handlungsbedarf. Die FDP war für den Antrag, will aber auch Perspektiven für die Wirtschaft sehen, wie das Ende von 2G im Einzelhandel oder die Einführung des Corona-Steuergesetzes durch den Bund.

Antrag CDU Drucksache 8/245

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Kein Fisch – keine Fischer

■ Die Kutter- und Küstenfischerei an der Ostseeküste sei ein Aushängeschild und Touristenmagnet für MV. Das Einkommen der Fischer bilde die Existenzgrundlage für viele Familien, begründete die CDU ihren Antrag. Das würde allerdings immer schwieriger. Einschränkungen der Fanggebiete oder die dramatisch niedrigen Fangquoten machen den Küstenfischern zu schaffen. Daneben würden Kormorane und Robben beachtliche Mengen Fisch fressen. Dabei seien die Bestände von Dorsch und Hering in der westlichen Ostsee sowieso schon so geschrumpft, dass die erlaubte Quote an einem guten Tag gefischt werden könnte.

Noch gebe es 200 Fischereibetriebe. Es waren mal 600. Der Verband der Küstenfischer habe sich vor kurzem aufgelöst.

Die EU-Verordnung für eine europaweite Fischereipolitik ebne den Weg für Beihilfen aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF). Dafür bedürfe es aber eines nationalen Programms, was noch nicht ausgearbeitet wurde. Bis das stünde, seien Überbrückungshilfen notwendig, um die die CDU warb. Weiterhin schlug sie vor, Landesmittel als Kompensationen für eine bestimmte Gruppe von Berufsfischern einzusetzen. Aufgrund der niedrigen Fangquoten seien viele von ihnen in andere Geschäftsbereiche ausgewichen. In so einem Fall greife die EU-Verordnung aber nicht.

Eine weitere Anregung im Antrag war die Anerkennung der Kutter- und Küstenfischerei als immaterielles Weltkulturerbe. Als letzten Punkt schlug die CDU vor, zu prüfen, ob Fischer in Forschungsprojekte in der Ostsee eingebunden werden könnten.

Der themenähnliche Antrag der FDP war etwas allgemeiner gehalten und zielte auf die Erstellung eines ganzheitlichen Konzepts zum Ausgleich der Interessen von Berufs- und Freizeitfischern in der Ostsee ab. Zusätzlich stellte sich die FDP vor, solle mit Schleswig-Holstein und unter Federführung der Bundesregierung, ein Runder Tisch eingerichtet werden, der ein Zukunftsmodell für die Ostsee erarbeitet.

Durch die Ablehnung von SPD/DIE LINKE fanden beide Anträge keine Mehrheit.

Antrag CDU Drucksache 8/246

Beschluss: Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrages

https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Parlamentsdokumente/Drucksachen/8_Wahlperiode/D08-0000/Drs08-0250.pdf

Beschluss: Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrages

Einmaliger Coronabonus

■ Die Corona-Pandemie führte auch zu einer Mehrbelastung des öffentlichen Dienstes, besonders der Lehrer und der Polizei. Die Fraktionen hatten unterschiedliche Ansichten, inwieweit alle Landesbeamten von einer Mehrbelastung betroffen waren, stimmten aber der Überweisung des Gesetzesentwurfs in die Ausschüsse zu.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vereinbarten am 29. November 2021 für die Tarifbeschäftigten der Länder eine einmalige steuerfreie Zusatzzahlung. Demnach erhält jeder Tarifbeschäftigte 1.300 Euro und jeder Auszubildende oder Praktikant 650 Euro. Spitzenbeamte und Pensionäre sind von der Zahlung ausgenommen.

Laut Koalitionsvereinbarung sollen die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst der Länder auf die Landesbeamten übertragen werden. Es bedarf dafür aber eines Gesetzes, dem der Landtag zustimmen hat.

Die Landesregierung hatte den Gesetzesentwurf am 11. Januar 2022 beschlossen. Bei der Umsetzung war Eile geboten, denn steuerfreie Zahlungen sind nur bis zum 31. März 2022 möglich. Die Erste Lesung des Landesparlaments ist Grundlage für weitere Schritte. Die Kosten für die Sonderzahlungen wurden auf 24,8 Millionen Euro geschätzt.

Die AfD konnte den Antrag nicht ganz nachvollziehen, denn Beamte arbeiten ohne Existenzängste. Die Fraktion der CDU hob die Bedeutung eines starken öffentlichen Dienstes für das Land hervor. DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fanden die Anerkennung der Leistungen korrekt, besonders die Einbeziehung der Azubis. Eine Detaildiskussion könne in den Ausschüssen

erfolgen. Bei genereller Zustimmung, kritisierte die FDP die undifferenzierte Auszahlung. Die SPD unterstrich die gelebte Praxis der Übernahme von Tarifverträgen.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 8/236

Beschluss: Einstimmige Überweisung an Finanzausschuss, Innenausschuss, Rechtsausschuss

Flexibilität des Wahlgesetzes

■ Im neuen Jahr werden zahlreiche Wahlen auf kommunaler Ebene stattfinden. Diese müssen jetzt vorbereitet werden, um verwaltungstechnische Fristen und die Regelungen des Landes- sowie Kommunalwahlgesetzes einzuhalten. Die allgemeine Corona-Lage macht Wahlen schwierig. Niemand möchte, dass sie zur Verbreitung des Virus beitragen. Aber jeder will, dass die Wahlen verlässlich, korrekt, geheim und unanfechtbar durchgeführt werden. Bereits vor einem Jahr wurde eine Ergänzung im Wahlgesetz eingefügt, um trotz Corona-Pandemie Wahlen abhalten zu können. Demnach kann das Innenministerium bei Ereignissen höherer Gewalt Vorkehrungen treffen, die vom Wahlgesetz abweichen. So würde es zum Beispiel möglich sein, Kommunalwahlen als reine Briefwahl durchzuführen.

Der Landtag muss aber bestätigen, dass die gegenwärtige Situation außergewöhnlich genug ist, um eine Ergänzung zum Wahlgesetz zu rechtfertigen. Auch muss der Landtag der vom Innenministerium erlassenen Rechtsverordnung zustimmen. Dann kann die Landesregierung den Wahlbehörden Flexibilität in der Ausrichtung der Wahlen gestatten. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die Verordnung bewährt. Es sind keine Unregelmäßigkeiten bekannt geworden. Die Regelung galt bis 30. Juni 2021. Da die Pandemie-Situation weiterhin besteht, wird die Verordnung erneut erforderlich. Sollte sich die Corona-Lage entspannen, hebt der Landtag diese Sonderregelung wieder auf. Sie verfällt aber spätestens am 30. Juni 2022.

Die AfD äußerte Bedenken und drang darauf, Wahlfälschung keinen Vorschub zu leisten. Sie enthielt sich der Stimme. Alle anderen Fraktionen stimmten dem Antrag zu.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/255

Beschluss: Annahme des Antrages

Präsenzpflicht für Schüler bleibt

■ Präsenzunterricht sei die beste aller Lehrformen. Darüber war sich das Parlament einig. Besorgt durch die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Omikron-Variante beantragte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die rechtlich geltende Präsenzpflicht für Schüler temporär auszusetzen und Eltern die Entscheidung für den Schulbesuch zu überlassen. Gleichzeitig solle die Landesregierung Konzepte gegen Lernlücken und soziale Ungleichheiten aufgrund Quarantäne-bedingter Fehlzeiten erstellen.

Bildungsministerin Simone Oldenburg erinnerte an die erste Corona-Welle, wo Schulschließungen eine Lösung in der Not waren. Sie warb für das mit dem Landeselternrat und allen Interessenvertretern entwickelte Drei-Phasenmodell. Die Absicht der Präsenzpflicht sei genau das: Defizite und Ungleichheiten zu verhindern.

Die AfD gab zu bedenken, dass Eltern nicht die Schulpflicht bestimmen. Sie müssen aber den Gesundheitszustand ihrer Kinder einschätzen und wenn erforderlich, krank melden. Wozu denn all die Beratungen mit Experten für das Phasenmodell, wenn die Grünen einen Sonderweg fordern, fragte die SPD. Das Sorge für Verunsicherung an den Schulen und bei den Eltern.

Die CDU hielt die Präsenzpflicht generell für richtig, aber eine temporäre Wahlfreiheit in einer Extremsituation mache Sinn.

Für die FDP seien Selbstbestimmtheit und Freiheit das Wichtigste, genauso wie der Schutz der Kinder. Geschlossene Schulen, hingegen, verstärkten die soziale Ungleichheit.

DIE LINKE betonte die Chancengleichheit für Schüler an einem sicheren Ort zum Lernen. Eltern könnten auf Antrag ihre Kinder von der Präsenzpflicht befreien.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/254

Beschluss: Ablehnung der Ziffer I Nummern 1 bis 3 und der Ziffer II Nummern 1 und 2 des Antrages

Jugend im Fokus - neue Enquete-Kommission

■ 400.000 Menschen – das ist ein Viertel der Bevölkerung in MV – seien jünger als 30 Jahre, begründete die SPD den gemeinsamen Antrag mit DIE LINKE für eine Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“. Angesichts weiter stagnierender Geburtenraten müssen sich alle gesellschaftlichen Akteure und die Landespolitik mit den Chancen und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in MV beschäftigen. Die vorgeschlagene Kommission solle unter expliziter Einbeziehung Jugendlicher die Situation analysieren, thematische Ziele formulieren und bis Ende der Wahlperiode Maßnahmen empfehlen. Der Antrag stieß bei allen Fraktionen sowie der Landesregierung auf ein positives Echo.

Sozialministerin Stefanie Drese sah junge Menschen als Experten für ihre eigene Realität. Wenn sie in einer entscheidenden Lebensphase in ein Jugendforum eingebunden würden, dann profitieren alle davon, war sie überzeugt.

Der AfD war wichtig, das Jugendforum repräsentativ zu besetzen und keine parteiliche Einflußnahme auszuüben.

Die CDU wollte die Themen von allen jungen Menschen in MV bestimmen lassen.

„Jugend im Landtag“, „Jugend fragt nach“ – es gab schon viele Formate und wir fangen nicht bei Null an, unterstrich DIE LINKE. Die SPD betrachtete Mitbestimmung Jugendlicher als Standortvorteil. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freute die breite Einigkeit. Der Abschlußbericht solle zügig erarbeitet werden, damit die jetzige Generation noch etwas davon habe. Die FDP hoffte, Fragen zur Abwanderung von in MV ausgebildeter junger Fachkräfte zu adressieren und sich auch jenseits des Parlaments mit den Ergebnissen der Kommission auseinanderzusetzen.

Änderungsantrag SPD, DIE LINKE

Drucksache 8/303

Beschluss: einstimmig angenommen

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN Drucksache 8/307

Beschluss: angenommen

Antrag SPD, DIE LINKE Drucksache 8/256

Beschluss: einstimmig angenommen

Laufende Gesetzgebung

Stand: 31.01.2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/91	AfD	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/97	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG M-V)	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/98	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz - SOG M-V)	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/99	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/236	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über eine einmalige Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie in Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 26.01.2022 in Beratung
8/239	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 26.01.2022 Ablehnung der Überweisung

Foto: Uwe Sinnacker

Landtag trauert

Foto: Cornélius Kettler



Am 9. Februar ist im Alter von 79 Jahren der ehemalige langjährige Abgeordnete des Landtages, Friedbert Grams, verstorben. Landtagspräsidentin Birgit Hesse würdigte Friedbert Grams' unermüdliches Engagement für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, für die er sich insbesondere im Rahmen seiner Funktion als Petitionsausschuss-Vorsitzender der dritten Wahlperiode des Landtages stark machte. Zudem war er als Vorstandsmitglied in der Parlamentarischen Vereinigung aktiv.

Wölfe in MV

Petition zum Schutz von Bewohnern eingereicht

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts breitet sich der Wolf in Deutschland und seit dem Jahr 2006 auch wieder in MV aus. Mit der Ausbreitung des Wolfes steigt zugleich das Konfliktpotential im Umgang mit dem streng geschützten Tier. So haben Nutztierhalter Angst vor zunehmenden Wolfsrissen und in der Bevölkerung gibt es Befürchtungen, dass der Wolf eine akute Gefahr für den Menschen darstellt. Um die hierzu geführten Diskussionen auf sachlich fundierte Grundlagen zu stellen, führte der Petitionsausschuss am 19. Januar eine Ausschussberatung mit Vertretern des Landwirtschaftsministeriums durch.

Dieser Beratung liegt eine Petition zugrunde, in der der Petent um Aufklärung bittet, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Bewohner eines Ortes vor den dort lebenden Wolfsrudeln zu schützen. Seitens des Landwirtschaftsministeriums wurde hierzu ausgeführt, dass in dem vorliegenden Fall, aber auch generell, alle gemeldeten Wolfsbeobachtungen umgehend untersucht würden. Dabei werde auch geprüft, ob potenzielle Interessenskonflikte bestehen, denen entgegengewirkt werden müsse. Hierbei zeigten die Vertreter des Ministeriums Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bürger, gaben aber auch zu bedenken, dass es bisher keine gefährlichen Nahbegegnungen zwischen Mensch und Wolf in MV gegeben habe. Ergänzend wies das Landwirtschaftsministerium darauf hin, dass die Entnahme eines Wolfes immer sorgfältig abgewogen werden müsse. Hierfür gebe es strenge gesetzliche Vorgaben, die bei der Prüfung einer Abschlussgenehmigung zu beachten seien. Des Weiteren wurden die Aufgaben des mittlerweile überarbeiteten Wolfsmanagementplanes für MV vorgestellt und dargelegt, welche Neuerungen im vergangenen Jahr aufgenommen wurden.

Im weiteren Verlauf der Beratungen stellte das Landwirtschaftsministerium



Foto: Jens Büttner

In Mecklenburg-Vorpommern leben seit 2006 wieder dauerhaft Wölfe.

auf Nachfragen der Ausschussmitglieder dar, in welchem Umfang die betroffene Bevölkerung informiert und aufgeklärt werde. Die Ausschussmitglieder gelangten zu der Auffassung, dass die Handlungsspielräume der Behörden hier noch nicht ausgeschöpft sind und eine weitergehende Aufklärung und Information notwendig ist, um Ängste abzubauen. Daher beschloss der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, die Petition an die Landesregierung zu überweisen.

Corona und die Folgen

Petitionsausschuss zu Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche

Der Petitionsausschuss kam am 23. Februar zu seiner 4. Sitzung zusammen, die als Präsenz- und Videokonferenz durchgeführt wurde. Im ersten Tagesordnungspunkt wurde die Petition des Sozialpädiatrischen Zentrums Mecklenburg-Schwerin (SPZ) gemeinsam mit einem Vertreter des Petenten und Vertretern des Bildungsministeriums beraten. Der Petent hatte in seiner Eingabe die gesundheitlichen Probleme der Kinder und Jugendlichen infolge der Coro-

na-Maßnahmen dargestellt. Zu diesen Folgen gehören unter anderem Übergewicht aufgrund mangelnder Bewegung, die fehlende oder unzureichende Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf und die vor allem während der Lockdowns auftretende Überlastungssituation in den Familien. Der Vertreter des Petenten führte hierzu aus, dass einige der Forderungen zwischenzeitlich bereits umgesetzt worden seien. Im Zuge der Beratung einigten sich das Bildungsministerium und der Petent darauf, die noch offenen Fragen in einem gemeinsamen Gespräch zu klären. Außerdem bot das Bildungsministerium dem Petenten an, künftig an der im Ministerium eingerichteten Expertenkommission „Schule, Kita, Hort“ teilzunehmen. Von Interesse war auch die Frage, inwiefern im kommenden Schuljahr 2022/23 die Schuleingangsuntersuchungen gesichert seien. Der Petitionsausschuss beschloss einstimmig die Petition der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, da das Anliegen des Petenten begründet und Abhilfe notwendig sei. Weiterhin wurde einstimmig beschlossen, die Petition den Fraktionen des Landtages zur Kenntnisnahme zu geben, um sie auf das Anliegen des Petenten besonders aufmerksam zu machen.

Rechts- ausschuss

Sitzungsthema:
Landesdatenschutz

■ In seiner vierten Sitzung informierte sich der Rechtsausschuss auf der Grundlage von Äußerungen des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Heinz Müller, über Probleme des Datenschutzes. Gleichzeitig stand die Unterrichtung durch die Landesregierung auf der Tagesordnung. Herr Müller wies in seiner Stellungnahme insbesondere darauf hin, dass Videokonferenzen bereits im Bezugszeitraum (der Bericht liegt seit der 7. Wahlperiode, dem Sommer 2021 vor) zu besonderen Herausforderungen für den Datenschutz geführt hätten. Außerdem wies er auf das online-Zugangsgesetz des Bundes hin, ein Gesetz, mit dem über 5000 Anwendungen grundsätzlich online zugänglich seien. Auch hier gebe es zentrale Konfliktfelder. Abschließend wies er auf eine EuGH-Entscheidung hin, mit der aus seiner Sicht abschließend über die Anwendung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung auf Parlamente judiziert werde.

Die Corona-Pandemie fordert auch von Gerichten und Staatsanwaltschaften Besonderes ein. Der Rechtsausschuss hat vor diesem Hintergrund einer, noch bis Ende März steuerfreien, Sonderzahlung zugestimmt. Das Justizministerium erläuterte daraufhin die Vergabe der Stelle der Landesgleichstellungsbeauftragten. Im Bereich der Allgemeinen Ausschusssangelegenheiten wies das Justizministerium auf die derzeit vergleichsweise entspannte Situation in den Justizvollzugsanstalten hin. Allerdings sei derzeit die Erlasslage so, dass keine zusätzlichen Besuche in den Anstalten möglich seien, einfach um das Infektionsrisiko überschaubar zu halten.

Agrar- ausschuss

Sitzung zu Tierseuchengeschehen und illegaler Abfallverbringung

■ Nach der Sondersitzung am 8. Dezember 2021 hatte der Ausschuss die Beratung zum Tierseuchengeschehen (Afrikanische Schweinepest und Geflügelgrippe) im Land am 19. Januar 2022 erneut auf der Tagesordnung. Wesentliches Ergebnis der jüngsten Bemühungen des Landes war es, dass die Restriktionszone im Landkreis Rostock seitens der Europäischen Kommission aufgehoben worden sei.

Im Landkreis Ludwigslust-Parchim sind, da es sich um ein Infektionsgeschehen im Wildschweinbestand handelte, jedoch nach wie vor aufwändige Sicherungsmaßnahmen (feste und Elektro-Zäune) notwendig, um die weitere Verbreitung des Virus zu verhindern und schweinehaltende Betriebe zu schützen.

Eines der wesentlichen Probleme der Seuche sei nach wie vor das Einwandern von ASP-infizierten Wildschweinen aus Brandenburg und Polen. Aber auch menschliches Handeln, wie bspw. die illegale Entsorgung von Lebensmitteln oder mangelnde Hygienemaßnahmen, könnten zur Einschleppung des Virus führen. In diesem Zusammenhang sprachen sich die Ausschussmitglieder für eine stärkere Sensibilisierung und Ansprache der Tierhalter, Dienstleister und Fachinstitutionen aus.

Um größere Betriebe und vor allem deren Tierbestände besser zu schützen und um die Gefahr einer weiteren Ausbreitung so gering wie möglich zu halten, gebe es ein Aufkaufprogramm für schweinehaltende Kleinstbetriebe und Privatpersonen. Ziel sei es diese dazu zu bewegen, die Schweinehaltung in dem Gebiet für zwei Jahre einzustellen.

Im Zusammenhang mit der Geflügelpest pflege das Land eine enge Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Löffler-

Institut auf der Insel Riems. Die größte Gefahr gehe von wilden Wasservögeln aus, die Kleinstgewässer von Geflügelhaltern kontaminierten.

Die Ausschussmitglieder wurden zudem darüber informiert, dass im Jahr 2019 ein aus den Niederlanden stammendes Unternehmen unterschiedliche Abfallarten, von denen einige sogar besonders überwachungsbedürftig (Sondermüll) waren, ohne eine immisionsschutzrechtliche Genehmigung in der Nähe einer Kleingartenkolonie in Güstrow illegal entsorgt hatte. Dabei handelte es sich um ca. 14.000 t. Gegen den Pächter der Fläche sowie weitere Beteiligte sei inzwischen Strafanzeige erhoben worden.

Seitens der zuständigen Überwachungsbehörden sei zudem ein Entsorgungskonzept erarbeitet worden, das im Rahmen einer Ersatzvornahme 2022 umgesetzt werden solle, mit dem Ziel die Fläche bis zum Jahresende zu beräumen. Eine Grundwassergefährdung wurde seitens des Fachressorts ausgeschlossen. Die entstandenen Kosten würden der verursachenden Firma und der Grundstückseigentümerin in Rechnung gestellt.

Stilles Gedenken

Schweigeminute für die Opfer des Nationalsozialismus

Foto: Landtag MV



Landtagspräsidentin Birgit Hesse sowie die Vizepräsidentinnen Elke-Annette Schmidt und Beate Schlupp beteiligten sich an der internationalen Kampagne #WeRemember des Jüdischen Weltkongresses.

■ Mit einer Schweigeminute haben die Abgeordneten am Morgen des 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, im Plenarsaal der Opfer des Holocaust gedacht. Es ist 77 Jahre her, dass Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit haben. Die Bilder von damals sind ein unauslöschliches Zeugnis einer von Deutschen in Gang gesetzten Todesmaschinerie, der Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Der Landtag begehrt das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus traditionell mit einer eigenen Veranstaltung. Dies war in diesem Jahr in einem würdigen Rahmen pandemiebedingt nicht möglich. Die Veranstaltung soll am 27. April 2022 nachgeholt werden. An diesem Tag beginnt nach Sonnenuntergang in Israel der Shoa-Gedenktag, der Yom Hashoah.

Am 27. Januar rief Landtagspräsidentin Birgit Hesse in ihrer Rede dazu auf, die Erinnerung an die Gräueltaten der NS-Zeit wach zu halten:

Präsidentin Birgit Hesse: Sehr geehrte Vizepräsidentinnen! Meine sehr geehrten Damen und Herren Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete des Landtages! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Sehr geehrte Ministerinnen und Minister der Landesregierung! Sehr geehrte Frau Ellenrieder, als kommissarische Beauftragte für jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern und gegen Antisemitismus! Sehr geehrte Frau Pinnau, als Leiterin der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin! Sehr geehrter Herr Landesrabbiner Kadnykov, den ich als Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern herzlich aus der Ferne grüße, da er leider heute nicht bei uns sein kann! Liebe Gäste!

Wenn wir heute den Holocaust-Gedenktag begehen, ist es 77 Jahre her, dass Soldaten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit haben. Und wenn wir heute an das Leid der Opfer des Nationalsozialismus und des Rassenwahns erinnern, darf uns dieses



Foto: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Leid auch knapp acht Jahrzehnte später nicht loslassen, vor allen Dingen auch nicht kaltlassen.

Wir erinnern an Millionen ermordeter Menschen in ganz Europa: an Jüdinnen und Juden, an Sinti und Roma, an Homosexuelle, an Menschen mit Behinderungen, an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, an Christen, an Zeugen Jehovas und an politisch Andersdenkende. Wir erinnern an Verfolgung, an Terror, an Mord, unvorstellbare Grausamkeit und grenzenloses Leid – begangen und zugefügt, meine sehr geehrten Damen und Herren, von deutschen Tätern.

Der Name „Auschwitz“ ist zum Synonym geworden für diesen unvergleichlichen Schrecken. Mit ihm verbunden sein werden auf immer Entsetzen, Trauer und tiefe Scham. Wir wissen, Auschwitz war nicht allein Tatort des Holocaust, es war nicht allein Tatort der Shoah, aber die Bilder aus dem befreiten Konzentrations- und Vernichtungslager wurden zum Symbol für das, was die systematische Entrechtung, die Verfolgung, die Unterdrückung und der Terror angerichtet haben. Sie sind uns ein unauslöschliches Zeugnis einer von Deutschen in Gang gesetzten Todesmaschinerie, der Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind – in Deutschland und den damals von Deutschland besetzten Gebieten.

Es hat in der Geschichte immer wieder grausame Verbrechen gegeben, die Entmenschlichung wehrloser Opfer und die perfide Perfektion von Massentötungen sind jedoch beispiellos. Auschwitz ist und bleibt die furchtbarste Antithese, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Demokratie und Humanität. Auschwitz steht für ein Menschheitsverbrechen ungekannten und unbegreiflichen Ausmaßes. Auschwitz nimmt

alle Demokratinnen und Demokraten, nimmt uns in die Pflicht – auf immer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die bittere Gewissheit, wozu Menschen fähig sind, muss uns heute wie auch in der Zukunft umtreiben und wachhalten, denn die mit dem Holocaust im Zusammenhang stehenden Fragen bleiben: Wie konnte das geschehen? Wie konnte jeder Maßstab für Recht und Unrecht verloren gehen? Wie konnten Mitgefühl und Anstand absterben, zum Beispiel die Menschlichkeit?

Das Erinnern, das Gedenken, der Blick in die Vergangenheit dürfen sich nicht daran erschöpfen, dieses dunkle Kapitel nur zu betrachten oder zu analysieren, vielmehr sollte, vielmehr muss aus dieser Erinnerung immer wieder und immer wieder neu Verantwortung erwachsen für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft. Und es muss uns alle ergreifen und aufrütteln, wenn dieses Erinnern offenbar keine so große, keine so allumfassende Mahnung mehr ist, dass sie unsere Gesellschaft davor schützt, dass Einzelne die Geschichte umdeuten, missbrauchen oder gar leugnen. Der wachsende zeitliche Abstand zu den Gräueln des Nationalsozialismus macht uns nicht immun, im Gegenteil: Mehr denn je geht es gegenwärtig darum, was wir mit unserer kollektiven Erinnerung, mit unserer Trauer um diese unfassbar große Zahl von Toten anfangen, was wir heute daraus machen.

Wir bewegen uns in einer Zeit, die immer komplexer, immer schnelllebig wird, die von Krisen und Konflikten geprägt ist, die oft dynamisch und schwer zu greifen sind. Es gibt Menschen, die sehnen sich nach einfachen Antworten, nach einfachen Lösungen, nach Eindeutigkeit. Da ist es verführerisch, auf diejenigen zu hören, die vorgeben, sie hätten all das im politischen Gepäck. Da ist es verführerisch, einfach jemandem die Schuld zu geben für das, was geschieht beziehungsweise geschehen ist. Die Frage ist, ob wir dieser Verführung nachgeben oder wir alle gemeinsam die Herausforderung annehmen, für komplexe Zusammenhänge auch komplexe Antworten zu finden und diese immer und wieder zu erklären. Diese Mühe müssen wir uns machen,

wenn wir wollen, dass unsere Demokratie lebt, dass sie stabil bleibt und uns alle vor Angriffen auf unsere Grundwerte schützt. Hier insbesondere junge Menschen mitzunehmen, halte ich für eine zentrale Aufgabe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den sozialen Netzwerken sind die Beiträge zum Holocaust-Gedenktag mit dem Hashtag #WeRemember versehen. Das ist nicht nur ein tagesaktuelles Statement, sondern eben auch ein Auftrag. Und so, wie das Internet dieses Hashtag weiterträgt, müssen wir seine Intention weitertragen, auch und gerade zu den jungen Menschen. Wir müssen zeigen und vorleben, dass ein Leben in Frieden und Freiheit Arbeit macht, dass wir all unsere Rechte verteidigen und als Errungenschaft betrachten müssen und eben nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Selbstverständlichkeit. Die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten, hält uns wach und hält hoffentlich auch künftige Generationen wach. Indem wir uns erinnern, erinnern wir uns auch daran, niemals nachzulassen in unserem Bemühen um ein funktionierendes Miteinander, um Verständigung, Teilhabe, Respekt und Menschlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1996 den 27. Januar zum „Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärt hat, gehört es hier im Landtag zu unserer Erinnerungskultur, dieses Gedenken mit einer eigenen Veranstaltung zu begehen. Dieses Jahr, und das bedauere ich sehr, muss es leider das zweite Mal in Folge ausfallen. Eben aber weil dieses Gedenken so elementar ist, werden wir die Veranstaltung nachholen: Am 27. April dieses Jahres, an diesem Abend nach Sonnenuntergang beginnt der Shoah-Gedenktag in Israel. Ich finde, damit haben wir ein würdiges Datum gefunden, um unseren Erinnerungen Raum zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zuletzt noch dies: Zu unserem gesellschaftlichen Konsens gehört, dass das, was in der Zeit des Nationalsozialismus in deutschem Namen gesche-

hen ist, nie wieder geschehen darf. Zu unserem gesellschaftlichen Konsens gehört es ebenso, dass sich angesichts der nur schwer zu beschreibenden und furchtbaren Dimension der damals begangenen Verbrechen in Deutschland für alle Zeit es sich verbietet zu versuchen, das Leid so vieler Menschen für aktuelle politische Auseinandersetzungen gleich welcher Art zu instrumentalisieren. Das trivialisiert die begangenen Verbrechen und es verhöhnt die Opfer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schließen möchte ich mit einem Zitat, das im Jahr 2020 der verstorbene, von mir auch hochgeschätzte Landesrabbiner Dr. William Wolff getätigt hat und für mich prägend ist: „Vergessen ist die letzte Grausamkeit, die wir den Opfern antun können.“ In diesem Sinne bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben für eine Schweigeminute.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen herzlichen Dank!



Mit einer Schweigeminute gedachten die Abgeordneten der Opfer des Nationalsozialismus.

Foto: Uwe Sinnecker



- ◀ *Pssst, bitte nicht stören!... Auch in diesem Winter bot das Schloss einer ganzen Reihe von Fledermäusen ein Quartier für die Winterruhe. Nach der jüngsten (leisen) Zählung meldet die Fledermausgruppe Schwerin des NABU 46 Tiere, die sich hier eingekuschelt haben. Im vergangenen Jahr waren es noch 30 – der Unterschlupf ist also beliebter geworden. Vor allem Fransenfledermäuse und Wasserfledermäuse haben sich hierher zurückgezogen. Auf der Seeseite des Schlosses steht den kleinen Flattermännern und -frauen ein eigener kellerartiger Raum zur Verfügung, damit sie dort unter möglichst ruhigen und sicheren Bedingungen überwintern können. Seit diesem Jahr gibt es dort mit zwei künstlichen Behausungssteinen zusätzliche „Unterquartiere“. Die Winterruhe ist übrigens kein Winterschlaf: Die Fledermäuse nehmen alles, was in ihrer Umgebung passiert, wahr. Um aber die insekten- und damit futterarme Zeit zu überbrücken, fahren sie Herzschlag, Atemfrequenz und Stoffwechsel herunter. So verbrauchen sie kaum Energie und können von ihren angesammelten Fettreserven zehren.*



- ◀ *Der Weg zum Welterbe ist lang, aber nun ist die Zielgerade in Sicht: Bei der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates, der die Bewerbung Schwerins begleitet, hat am 2. Februar das Team um Dr. Rico Badenschier - Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin den Entwurf des Nominierungsdossiers vorgestellt. Das Dokument ist ein zentraler Bestandteil der Bewerbungsunterlagen, die im Februar 2023 beim UNESCO-Welterbezentrum in Paris vorgelegt werden müssen. Landtagspräsidentin Birgit Hesse nahm gemeinsam mit den Mitgliedern des Beirats und dem Vorsitzenden Prof. Stefan Breitling sowie Kulturministerin Bettina Martin an der Videokonferenz teil. Sie hob in ihrer Begrüßung den großen Elan hervor, mit dem alle Beteiligten seit Jahren das gemeinsame Ziel verfolgten.*

